

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Abholung ins Haus M. 18.— für den Monat, bei Vorabzahlung des Monats M. 16.—. Für den Monat Ausland M. 24.—. Für den Monat Ausland M. 24.—. Für den Monat Ausland M. 24.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 60

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Abholung ins Haus M. 18.— für den Monat, bei Vorabzahlung des Monats M. 16.—. Für den Monat Ausland M. 24.—. Für den Monat Ausland M. 24.—. Für den Monat Ausland M. 24.—. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ende des Kampfes der Hochbahner

Die Funktionäre für sofortige Arbeitsaufnahme

Die Funktionäre und Betriebsräte des Groß-Berliner Verkehrsvereins besaßen sich in einer Versammlung am gestrigen Freitag erneut mit der Aussparung der Hochbahner. Genosse Amberg, Vorsitzender des Verkehrsvereins der Berliner Straßenbahnen, teilte einleitend mit, daß die S. V. D.-Stadtverordnetenfraktion von der Einbringung eines Dringlichkeitsantrages in der letzten Stadiversonenung, der den Magistrat beauftragte, sich für die Beilegung des Konflikts einzusetzen, Abstand genommen habe, weil die Bürgerlichen planten, die Dringlichkeit des Antrages nicht anzuerkennen. Genosse Amberg hatte dann eine Rücksprache mit Stadtbaurat Adler, der für den Freitag vormittag die streitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen versuchte. Die Hochbahndirektion glänzte bei dieser Sitzung durch Abwesenheit. Auf Drängen des Verkehrsvereins bequimte sich die Hochbahndirektion schließlich doch, am Freitag nachmittag zu einer neuen Verhandlung zu erscheinen. Genosse Siemann, Obmann des Verkehrsvereins der Hochbahner, schilderte zur Orientierung der Versammlung eingehend die Entwicklung des Konflikts. Die Haltung der Hochbahndirektion und die Maßnahmen der Arbeiter der gelber Hochbahner wurden ins richtige Licht gerückt. Die Herren glaubten aus Prestigegründen dem Schiedsspruch des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses nicht in vollem Umfange zustimmen zu können. Schließlich bequimte sich die Unternehmung zu folgenden Zugeständnissen:

1. Die Hochbahn-Gesellschaft wird eine noch vor Weihnachten zahlbare außerordentliche Familienbeihilfe gewähren und zwar für Ledige und Verheiratete ohne Kinder . . . 50 M. für Verheiratete mit 1-2 Kindern . . . 100 M. für Verheiratete mit 3 und mehr Kindern . . . 150 M.
2. Die für Dezember d. Js. vereinbarten Lohnzulagen, Wirtschaftsbeihilfen und sonstigen Bezüge bleiben bestehen.

3. Streiktag werden nicht bezahlt.

Die Hochbahndirektion gab des weiteren die Erklärung ab, daß Maßnahmen nicht stattfinden würden. Amberg wies darauf hin, daß der ganze Unterschied zwischen diesen Zugeständnissen und dem Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin in einem Minus von je 25 M. für die Jugendlichen und die Gruppe der Ledigen und Verheirateten bestehe. In diese Berichte schloß sich eine lebhafte Diskussion. Die Solidaritätskundgebung der Straßenbahner sei in keiner Beziehung als ein Bluff zu bewerten. Unter keinen Umständen würden es die Straßenbahner und die städtischen Arbeiter zugeben, daß mit Hilfe des Bankkapitals eine Arbeitergruppe, wie es bei den Hochbahnern der Fall sei, an die Wand gedrückt werde, um nach und nach die Gesamtheit der Arbeiterklasse in ihrer Kampfkraft zu lähmen. Einmütig wurde folgende Resolution beschlossen:

Die Konferenz der Betriebsräte des Straßenbahnpersonals der Gruppe Verkehrsarbeiter nehmen von dem Stande der Arbeitseinstellung der Kollegen von der Berliner Hoch- und Untergrundbahn Kenntnis.

Sie erkennen an, daß der Kampf, den die Kollegen zu führen gezwungen sind, ein durchaus berechtigter ist und daher die Sympathie aller Berliner Verkehrsarbeiter hat.

Die Betriebsräte sind der Ansicht, daß dieser Kampf schon beigelegt sein könnte, wenn nicht die Halskarrigkeit der Direktion dem entgegengekommen hätte.

Die Betriebsräte erwarten von den Streitenden, daß sie fest und unerschütterlich zu ihren Forderungen stehen und sich durch keine Manipulation der Direktion irren machen lassen.

Die Angestellten der übrigen Berliner Verkehrsunternehmen stehen mit der Gruppe der Hochbahner und sind bereit, wenn es die Situation erfordert, ihren kämpferischen Kollegen jederzeit beizuspringen.

Anschließend daran tagte eine Versammlung der Funktionäre der Hochbahner, die den Abmachungen mit den Arbeitgebern zustimmte und die Wiederaufnahme der Arbeit so rasch als es technisch möglich ist, beschloß.

Der Beelzebub

Vor dem Reichsgericht in Leipzig ist gestern das erlösende Wort gefallen. Es wurde ausgesprochen von dem Rechtsanwalt Grünspach, der schon die Liebknechtmörder, den Kapp-Putsch hatte zum Ziel, den „bedrohenden Kommunismusaufstand abzuwehren“. Deshalb hat auch Kapp die Programme für eine neue Verfassung, für ein neues Wahlrecht, für die Einsetzung der Militärdiktatur entworfen. Es galt also, nach den Ausführungen des Verteidigers, das Vaterland von dem Schrecken des drohenden Bolschewismus zu befreien. Eine heroische Tat! Die Angeklagten, die sich dafür eingesetzt hatten, sind selbstverständlich unschuldig wie die Lämmer, noch mehr: es sind Helden, denen das Volk Lorbeerkränze winden muß, denen ein glorreicher Einzug am Brandenburger Tor zu bereiten ist, mit schwarzweißen Fahnen, Böllerschüssen, mit einem frommen Gebimmel der Domglocken und selbstverständlich auch mit Ehrenjungfrauen, gestellt durch den Regisseur Brunner oder besser noch: durch den Nationalverband deutscher Offiziere, dessen Vorsitzender, Herr Moskenthin, genau so wie Lubendorff, am 13. März 1920, früh 6 Uhr, zufällig am Brandenburger Tor war und dann, ohne jedes Vorwissen, in die Reichstanzlei hineingetrudelt wurde.

Die Ausführungen des Verteidigers Grünspach sind mehr als eine bloße rethorische Phrase. Sie haben aktuelle politische Bedeutung. Sie berühren den Kern des ganzen kapitalistischen Unternehmens, sie sind sozusagen der Angelpunkt der ganzen monarchistischen Bewegung. Schätzen wir die Herrschaften um Himmelswillen nicht als dumme ein! Die Humpelmänner in Leipzig sind geriffene politische Schieber. Sie wissen genau, was sie wollen. Der Angreifer ist bei den heutigen Machtverhältnissen immer im Nachteil. Der Vorteil, der die Macht sichert, gebietet, den Verteidiger des „Vaterlandes“ zu spielen. Deshalb haben die Herren um Kapp und Lüttwisch als Exponenten der monarchistischen und militarischen Konterrevolution sich nicht erst in Leipzig, sondern schon im November 1918 in die Pöse des Verteidigers, des Reiters des Vaterlandes, geworfen.

Um zur Macht zu gelangen, schützten sie die Abwehr einer Gefahr vor. Anarchisten, mit denen die Reichshäuptling Wilhelm Hohenzollerns das Volk graulich machten, gab es nach dem Novembersturz nicht mehr. Die Rechtssozialisten waren fromme und brave Leute geworden. Sie hegten keine umstürzlerischen Pläne, ihre einstmaligen stürmischen Forderungen auf Grund des Erfurter Programms entwickelt, hatten sich schon seit dem 4. August 1914 in ein sanftes Geäußel verwandelt. Sie waren in ihrem Drang nach Ausgleich und Versöhnung mit dem Bürgertum dessen Freunde geworden. Sie schreckten nicht mehr die Feinde der Arbeiterklasse ab, sie zogen sie an. Aber es war ein neuer Popanz im Hintergrunde der Geschichte aufgetaucht, der Bolschewismus. Dieses Gespenst, das in Wirklichkeit nie eine ernste Gefahr bedeutete, einte alle konterrevolutionären Kräfte, diente den kaiserlichen Offizieren und ihren monarchistischen Helfershelfern dazu, das Volk einzuschüchtern, ihm Furcht und Schrecken einzujagen. Vergessen war der Krieg, vergessen die Schuld der kaiserlichen Raste. Das Volk, durch den vierjährigen Krieg politisch verwirrt, bejubelte die mächtigen Militärs, nicht wissend, daß es seinen Henker wählte!

Roske und die rechtssozialistische Partei erleichterten der Generallität ihr triviales Spiel. Es gab keine monarchistische Gefahr, keine Gegenrevolution! Der vorwärtsstürmende Teil der Arbeiterklasse, die Revolutionäre, die in erster Linie die kaiserlichen Nachhaber verjagt und das Fundament für den neuen Staat, für die Republik, gelegt hatten, das waren nunmehr die wirklichen Feinde, das waren die „Bolschewisten“, die Verderber und Vernichter aller Kultur, auf sie wurde Jagd gemacht. Und während so die wirklichen Schöpfer des neuen Staates geschwächt wurden, während man ihren Willen lähmte, sammelten sich die Feinde des neuen Staates, die Monarchisten und Militaristen, und setzten sich in allen Positionen, aus denen sie soeben vertrieben waren, wiederum fest.

Die Abwehr einer nicht bestehenden Gefahr einigte also die Kräfte der Konterrevolution. Auf die „Abwehr“ dieser nicht bestehenden Gefahr waren alle Offensivpläne der Konterrevolutionäre eingestellt. Und weil die Träger des monarchistischen Gedankens, die den alten Zustand wieder herbeiführen wollten, nicht von sich aus zum Angriff übergehen wollten, versuchten sie andauernd die revolutionäre Arbeiterklasse zum Angriff zu reizen. Das große Heer der Spindel, das mit Roskes Unterstützung von Lüttwisch mobilisiert wurde, konnte aber nur belanglose Einzelstücke ins Werk setzen, die zwar die Arbeiterklasse schwächten, sie aber nicht zu einem nutzlosen Gesamtaufstand bewegen konnten. Da wurde wider Erwarten die Position der Monarchisten geschwächt durch außenpolitische Komplikationen. Der Friedensvertrag mußte erfüllt, die Reichsmehrheit auf das Maß der im Friedensvertrag vorgesehenen Stärke herabgesetzt werden. Wenn auch das Gespenst des Bolschewismus zur Einschüchterung großer Volksteile im Innern des Landes eine nicht zu unterschätzende

Die Wiederherstellung Europas

England für Verständigung

London, 16. Dezember.

Der Lordkanzler Lord Birkenhead erklärte gestern abend in einer Rede über die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas, noch vor kurzem habe man der Gefahr, ja fast der Sicherheit gegenübergestanden, daß die reichste Macht in der Welt darauf aus sei, eine größere Flotte zu bauen, als sie die Geschichte je gesehen habe. Dies würde eine Bedrohung Englands bedeuten haben. Aber in diesem Augenblick sei diese Bedrohung verschwunden. Amerika habe den interessierten Mächten eine Flottenpolitik vorge schlagen, die mit der Sicherheit jedes dieser Länder vereinbar sei. Wenn dazu die Regelung des Jahrhundert alten Konfliktes zwischen England und Irland kommen könne, England sich hoffnungsvoll den anderen großen Problemen widmen und endlich beginnen, die Größe des gewonnenen Sieges zu genießen in einer Welt, in der wieder redlicher Handel und Verkehr zwischen den Nationen herrsche. Der Lordkanzler führte weiter aus, sämtliche Finanzleute und alle Professoren der Nationalökonomie hätten vollkommen Bankrott gemacht. Tatsache sei, daß diese Leute während schwieriger Zeiten nur wenig Rat erteilen könnten. Denn die Bezahlung von Reparationen von den früheren Feinden in einem solchen Maße, wie es geplant war und von hohen Finanzautoritäten empfohlen wurde, sei unmöglich und könne einfach nicht erfolgen. Die Lage sei einfach die, daß die gesamte Welt allmählich zu der Einsicht gekommen sei, daß diese ungeheure Summe tatsächlich nicht eingetrieben werden könne.

Lord Birkenhead führte weiter aus, wenn die Regelung der Weltfragen in seiner Hand läge, so würde er Deutschland erklären: „Ihr müßt alle Vermittlungen Frankreichs und Belgiens wieder gutmachen durch Arbeit und Materiallieferungen.“ Das würde mehr wert sein, als die Verurteilung aller deutscher „Kriegsverbrecher“. Die dringendste Frage sei die Wiederherstellung Europas. Es sei vielleicht sehr gut, den Feind für den angerichteten Schaden zahlen zu lassen, aber es sei nicht vorteilhaft, wenn dabei das eigene Volk selbst ausgehungert werde. Wir müssen, sagte der Lordkanzler weiter, in Europa die Bergarbeiter verdrängen. Um das zu tun, müssen wir zu einer Vereinbarung mit Frankreich und mit Deutschland kommen.

Der Redner sagte weiter, man müsse auch zu einer Vereinbarung mit Rußland gelangen. Es sei zwecklos, anzunehmen, daß die Krise nur zu bannen sei, indem die Einziehung der Schuld hinausgeschoben werde. Jede Regelung müsse eine Regelung des gesamten Problems sein, und um diese zu sichern und die Möglichkeit späterer Verständnisse zu verhindern, müsse England die Einsicht der französischen Handelswelt und der französischen Finanzmänner auf seiner Seite haben. Lord Birkenhead erklärte, er hoffe zuversichtlich, daß die Erörterungen zwischen

Briand und Lloyd George zu einem guten Ende führen würden. Es sei wahr, daß Deutschland nicht unmittelbar Reparationen, die es den Alliierten schulde, erlassen werden könnten, und es sei notwendig, daß jede Regelung mit Bedingungen verknüpft werde. Die Alliierten könnten beispielsweise nicht ohne Bedenken die unbegrenzte Ausgabe neuen Papiergeldes in Deutschland mitansehen.

Alle diese Forderungen müßten jedoch nur geregelt werden als Ergebnis eines Übereinkommens zwischen Frankreich und England. Birkenhead sagte unter Beifall mit Nachdruck, die Zeit für eine solche Vereinbarung sei gekommen. Wenn wir eine Regelung der irischen Gefahr gesichert haben — und ich bin nicht ohne Hoffnung, daß dies der Fall ist —, wenn wir die Rechnung zwischen den Mächten in Washington gesichert haben — und ich bin fast sicher, daß dies der Fall ist —, so werden wir harmonische Beziehungen mit den Vereinigten Staaten erreichen und wir werden den größten Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten mit Amerika beseitigt haben. Unsere nächste Aufgabe muß dann sein, uns an die Wiederherstellung Europas, des europäischen Handels und der europäischen Industrie zu machen. (Lebhafte Beifall.)

Tagung der Botschafterkonferenz

Paris, 16. Dezember. (Havas.)

Die Botschafterkonferenz verammelte sich heute vormittag am Quai d'Orsay unter Vorsitz von Jules Cambon. Sie nahm den Bericht General Kollers über die Deutschen Werke entgegen. Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit den verschiedenen militärischen Fragen, die mit dem Friedensvertrag von Versailles zusammenhängen, besonders mit der Erbauung eines leistungsfähigen Luftschiffes von 70 000 Tonnen in Deutschland und seiner Ueberlassung an Amerika.

Das Schweizer Ausnahmegesetz

Zürich, 16. Dezember. (Znt.)

Die Schweizerische Bundesversammlung hat beschlossen, in die Beratung über das Ausnahmegesetz einzutreten, durch das das Bundesstrafrecht zur Unterdrückung staatsfeindlicher Umtriebe abgeändert werden soll. Der erste Absatz des Entwurfs wurde gegen die Stimmen der Arbeitervertreter angenommen. Der Absatz lautet: „Wer durch eine rechtswidrige Handlung, insbesondere Gewalt oder Aufforderung zur Stilllegung öffentlicher Verwaltungen oder lebenswichtiger Einrichtungen verurteilt, die Verfassung abzuändern oder die Staatsbehörden abzuweichen, wird mit Zuchthaus oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.“

Zugkraft hatte, so konnte mit ihm das Ausland nicht getäuscht werden. Das verstand sich besser auf die geheimen Ziele und Absichten der Monarchisten und Militaristen, das war besser in ihre Hände eingeweiht, das wußte, daß sich hinter dem Schleiher der „Ordnungsbringer“ eine europäische Gefahr verbarg: die Wiederherstellung des Kaisertums in Deutschland.

Nicht weil die Arbeiterhaft Ernst machen wollte mit ihren Feinden, nicht weil der Bolschewismus drohte, griffen die Kappisten am 13. März 1920 an. Sie griffen an, weil ihre stärkste Stütze, das mit allen möglichen Schlichen und Kniffen bereitgestellte Heer von mindestens 400 000 Mann herabgesetzt, weil insbesondere die Freikorps aufgelöst werden sollten. Der Kapp-Putsch war ein Verzweiflungssakt. Der intellektuelle Helfershelfer der Monarchisten, der Bolschewismus, wollte nicht praktisch in Erscheinung treten. So mußten die Kappisten, bevor sie ihrer stärksten Stütze verlustig gingen, von sich aus zum Angriff übergehen. Dadurch kamen sie von vornherein ins Hintertreffen, denn gerade bei der politischen Einstellung des deutschen Volkes, bei seinem Bedürfnis nach Ruhe und bei dem Verlangen breiter Schichten der Bevölkerung, im Verdienen nicht gestört zu werden, mußten die Kappisten als die wirklichen Unruhestifter, als die wirklichen Bolschewisten, das heißt also, als die Verderber des Landes erscheinen.

Diese Tatsachen stehen vor der Geschichte fest, ganz gleich, welches Urteil das Reichsgericht fällen mag. Der Bolschewismus — das ist nichts weiter, als ein mit allen Künsten geschickter politischer Drahtzieher ausgemaltetes Phantastengebilde. Ernsthaft bestand eine solche Gefahr für Deutschland nie. Wenn irgendwo, so war hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Monarchistische Verschwörer brauchten den Bolschewismus als Schreckmittel, und wo er nicht vorhanden war, da versuchten sie selbst, ihn herbeizuführen. Nicht etwa, um ihn abzuwehren zu können, sondern um selber zur Macht gelangen. Der Kapp-Putsch hat den Monarchisten einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Arbeiterhaft war auf dem Posten, sie tat nicht das, was die Kappisten mit heißem Herzen ersehnten. So war ihr Unternehmen zum Scheitern verurteilt. So stehen die Kappisten als gerichtet da. Sie sind nicht die Retter, sondern die Verderber des Volkes gewesen. Aber täuschen wir uns nicht! Was bis zum Kapp-Putsch die Freikorps und ihre politischen Stützen herbeizuführen suchten, das wird heute von den monarchistischen Geheimbänden durch ein klüger ausgeklügeltes System fortzusetzen versucht.

Der Kapp-Putsch war eine Lehre — nicht nur für die Monarchisten. Er war auch eine Lehre für die Arbeiterklasse, und die historischen Linien, die durch den Prozeß in Leipzig aufgedeckt wurden, müssen der Arbeiterschaft auch fernerhin als Richtschnur ihres Handelns dienen.

Wirth im Haushaltsausschuß

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde am Freitag der Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages beraten. Reichstanzler Dr. Wirth führte hierzu aus:

Durch die Abwendung der Note an die Reparationskommission ist eine neue politische Situation geschaffen. Was wir tun konnten, um unseren Verpflichtungen nachzukommen, haben wir getan. Ein großer Teil dessen, was uns auferlegt ist, hängt oder nicht allein von uns ab, sondern von der Wirtschaftslage Europas, ja, der ganzen Welt. Wir haben die erste Milliarde aufgebracht, wir haben einen kurzfristigen Kredit bekommen und sind in der Lage gewesen, damit die Verpflichtung der ersten Milliarde zu erfüllen. Schon bei Annahme des Ultimatums habe ich am 10. Mai im Reichstage betont, daß die weltwirtschaftlichen Folgen der Annahme dieses Ultimatums und seiner Ausführung der Gegenseite veranwortlich zur Last fallen. Diese wirtschaftlichen Folgen sind eingetreten; ich erinnere an den Sturz der deutschen Mark und andere weltwirtschaftliche Folgerungen. Wir sind aber von dem Wege, den wir einmal beschritten haben, nicht abgewichen. Gerade in der Konsequenz dieser Politik liegt auch ihre Bedeutung für die ganze Welt. Wir haben Verpflichtungen im Januar und Februar von der Ihnen bekannten Höhe zu erfüllen. Diese Verpflichtungen können nur zum Teil durch Sachleistungen abgedeckt werden. Wir haben verschiedene Mahnungen gehört, insbesondere bei der Annahme der Reparationskommission in Berlin, die uns zunächst mündlich aufgefordert hat, alles zu erfüllen. Ich habe damals kurz vor der Abreise der Reparationskommission einen auch der Presse zugänglich gemachten Brief dem Präsidenten der Reparationskommission überreicht.

In diesem Schriftstück ist erstens angeknüpft, daß wir offizielle Schritte unternehmen werden, und offizielle schon unternommen haben, um

zu einem solchen Kredit zu kommen.

Zweitens ist darin die Bitte ausgesprochen, daß die Reparationskommission unsere Bitte um einen Kredit an den zuständigen Stellen unterstützen möge. Als die Reparationskommission hier war, habe ich selbst wiederholt die aufmunternde Aufforderung bekommen, daß Kredite in der Welt wohl zu erhalten seien. Dementsprechend haben wir unsere Schritte nach London gelenkt und versucht, wegen langfristiger und kurzfristiger Kredite Fähigkeit zu nehmen. In der Note, die wir gestern in Paris haben überreichen lassen, findet sich die wortgetreue Uebersetzung dessen, was wir von England gehört haben. Durch den Herrn Präsidenten der deutschen Reichsbank, der in meinem Auftrage und Namen gehandelt hat, haben wir die englische Antwort bekommen, deren wesentlicher Sachverhalt in der Note gefunden hat.

Niemand in der Welt wird sich von dem Eindruck fernhalten können, den diese Neuherung der kompetenten Stelle eines der größten Finanzländer der Welt uns übermittelt hat. Deutschland kann keinen Kredit bekommen, und zwar solange es unter den Bedingungen steht, die zur Zeit die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands nach dem Londoner Ultimatum regeln. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß nicht mehr die Kreditfrage allein in den Vordergrund geschoben werden kann, sondern daß schon allein durch das Kreditgehören der deutschen Regierung für die Januar- und Februarzahlungen

das Reparationsproblem erneut aufgeworfen

ist, und daß es nur nach einer Prüfung und Nachprüfung dieser Bedingungen überhaupt einen Sinn hat, wenn Deutschland einen Kredit in der Welt bekommen kann. Es ist natürlich heute nicht abzusehen, wie das Echo auf unsere Note sein wird. Das haben wir in Geduld und mit festen Nerven abzuwarten. Aber eines dürfen wir jetzt nicht: Hier im Innern rein passiv die Wirkung unseres Schrittes abwarten. Wir müssen dieser Erkenntnis, die brauchen in der Welt gewachsen ist und die manchen politischen Nebel zerstreuen wird, entgegenkommen durch eine innerpolitische, außerordentlich gesteigerte Aktivität. Wer nun außenpolitisch irgendwie glaubt, daß der Tag der Erkenntnis, der gekommen ist, für die Welt auszunutzen sei, der möge mit der Regierung dafür sorgen, daß folgende Maßnahmen möglichst bald zum Abschluß kommen:

1. daß wir unsere Staats möglichst rasch verabschieden,
2. daß es sich in den Kommissionen, die sich mit der Frage der großen Reichsverwaltungen, Post und Eisenbahnen, zu beschäftigen, nicht mehr darum handeln kann, diese oder jene Anforderung, etwa der Postbehörden, um einige hundert Millionen herabzusetzen.

Sondern wer auswärtige Politik treiben und dafür Verantwortung übernehmen will, der muß mit uns dafür sorgen, daß zunächst der Postetat und hernach der Eisenbahnetat balanzieren. Um diese Aufgabe, unsere Reichsbankriebe auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu stellen, kommt niemand herum, der ernst-

haft Außenpolitik machen will. Sie kennen die Schlagworte, die Deutschland durchlaufen haben und die zu lebhaften politischen Auseinandersetzungen führten, in dem Rufe von der einen Seite: Privatisierung der Eisenbahn, worauf von der anderen Seite der Ruf erfolgte:

Sozialisierung gewisser anderer Betriebe.

Das Parlament muß jetzt ganz ohne Rücksicht darauf, ob es sich dadurch populär macht oder nicht, den Nachruf darauf legen, der Welt zu zeigen, daß wir entschlossen sind, unsere eigenen inneren Verhältnisse auf solide finanzielle und wirtschaftliche Grundlagen zu stellen. Heute haben wir die freiwillige Möglichkeit, selbst voranzugehen. Es wird nicht mehr angehen, im nächsten Jahre nach dieser Richtung das deutsche Volk brauchen in der Welt als eine Gefahr für die Wirtschaft anderer Völker erscheinen zu lassen. Es ist selbstverständlich nicht leicht, ein Volk nach einer solchen Katastrophe, ein Volk, das revolutionäre, soziale Zukunftsversprechen aufgeworfen haben und das noch in den letzten Wochen Tag für Tag vor gewissen Erscheinungen wie die der Währungsinstabilität, von heute auf morgen aus der Subsidienpolitik herauszuführen. Aber das darf uns nicht hindern, das Ziel energisch in die Hand zu nehmen und fest ins Auge zu fassen. Wir sehen mit großer Spannung den

Besprechungen der alliierten Staatsmänner

entgegen. Wir wollen diesen Besprechungen nicht vorgreifen, vor allem nicht durch eine unnütze Polemik, die Auffassungen, die in Frankreich vielfach gehegt worden sind, als ob es nur vom guten Willen Deutschlands abhängt, die Milliarden schaffelweise auf den Tisch zu schütten, werden hinter der großen weltpolitischen Notwendigkeit zurücktreten. Nicht nur wir in Deutschland haben vielfach eine Scheinwirtschaft. Die Scheinblase zeigt sich in anderen Ländern in ganz anderer Form: In England und Amerika in der großen Arbeitslosigkeit. Das war das Unglück der Welt, daß man Deutschlands Lage, Englands Lage, Amerikas innenwirtschaftliche Lage jeweils isoliert für sich betrachtet hat, ohne sie in die große Weltwirtschaft hineinzuersehen. Es ist nicht möglich, die Welt und insbesondere die europäische Wirtschaft zu isolieren, wenn der ganze Osten Europas in sich zusammengebrochen bleibt, wenn die Kaufkraft der osteuropäischen Völker nun auch auf die mitteleuropäischen Länder ausgedehnt wird. Diese Fragen sind nur lösbar und werden eine Lösung nur finden, wenn nicht nur die englische Finanz- und Handelswelt, sondern auch die englische Politik selbst ihre Blicke wieder dem europäischen Kontinent zuwendet. Diese Lage gilt es nun, politisch für das deutsche Volk so zu gestalten, daß wir zu einer ersten und wahren Besprechung der Verpflichtungen kommen, die man Deutschland in der Stunde des Triumphes der Gegenseite auferlegt hat. Die Wege werden wir nur ebnen können, wenn wir hier im Deutschen Reichstag entschlossene Parteien finden, die hinter die Regierung treten und die innenpolitischen Notwendigkeiten der außenpolitischen Lage unterordnen. Ich bitte Sie also nicht nur um Ihre Neuerungen, sondern um ihre tatkräftige Mitarbeit in den Ausschüssen. Dabei liegt

der Schwerpunkt in den steuerlichen Plänen,

die wir Ihnen unterbreitet haben. Ein Kompromiß ist notwendig und muß schnellstens gefunden werden. Wenn wir nicht in der Lage sind, die steuerlichen Pläne zum Abschluß zu bringen, so ist nicht nur diese Politik, die wir begonnen haben, gescheitert, dann ist überhaupt die deutsche Politik gescheitert. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und um die unbedingt notwendige Entscheidung im Deutschen Reichstage für die Führung der Gesamtpolitik des Deutschen Reiches.

Hierauf wurde in die Weiterberatung des Etats eingetreten. Abg. Quast (D. Vo.) wiederholte namens seiner Fraktion die Anträge gegen das Gebahren der Kriegsgesellschaften.

Reichsfinanzminister Hermes: Ich bestreite nicht, daß bei der Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften Mängel vorgekommen sind, sie hatten ihre Hauptursache in der schwierigen Lage der Kriegs- und Nachkriegszeit. Der Anpruch des Reichstages auf völlige Aufklärung ist unbefristet. In ihrer Herbeiführung sind seit über Jahresfrist parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingesetzt.

Reichsfinanzminister Bauer: Der Abg. Quast bringt nur allgemeine Verdächtigungen vor, ohne daß er einen einzelnen konkreten Fall erwähnt. Zur Vorlegung ihrer Bilanzen sind die Kriegsgesellschaften gemäß einer Kriegsverordnung, die im öffentlichen Interesse erlassen wurde und aus dem gleichen Grunde noch besteht, nicht verpflichtet. Von 198 Kriegsgesellschaften sind am 15. Dezember noch zwei bestehen geblieben. 37 sind liquidiert, davon 15 auf das Reichsfinanzministerium, eine bestehende und drei liquidierte auf das Reichswirtschaftsministerium, eine bestehende und 18 liquidierte auf das Reichsernährungsministerium und eine liquidierte auf das Innenministerium entfielen. Es bestehen noch die Reichsgetreidestelle und die Reichsgetreideverordnungsstelle. Darauf nahmen in der danach folgenden Debatte die Abg. Dr. Quast und Schiele (Dil.) ihren Einspruch gegen die Bewilligung der Staatskosten zurück. Der Etatstitel von 38 Milliarden wurde bewilligt, ebenso der Nachtrag zum Haushalt des Reichsernährungsministeriums. Ein Antrag des Zentrums fand einstimmig Annahme, der 400 Millionen Mark vom Reich fordert für Maßnahmen zur Besserung der Milchversorgung der von der Milchnot am schwersten betroffenen Gemeinden ebenso ein Zentrumstrag, wonach ein Reichszuschuß für die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Milchzucker in Höhe von 100 Millionen Mark bewilligt wird. — Ein zum Haushalt des Auswärtigen Amtes vorliegender Antrag der Abgeordneten Klöpper (Zentr.), Pashine (Dem.), Müller-Frank (Soz.), der den Etatposten zur Förderung des Nachrichtenwesens im Ausland von 10 auf 16 Millionen Mark erhöhen will, ebenfalls der Haushalt werden debattellos angenommen. — Beim Haushalt des Reichspostministeriums führte Abg. Bänder (Soz.) Klage, daß die Reichspostverwaltung entgegen den Anordnungen des Reichsarbeitsministeriums das Betriebsrätegesetz sabotiere. Der Haushalt des Reichspostministeriums wird angenommen. — Ebenso der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Das Reparationsproblem

Dr. Meyer bei Briand

EE. Paris, 16. Dezember.

Der deutsche Botschafter Dr. Meyer wurde heute morgen von Briand empfangen. Er legte dem französischen Ministerpräsidenten die Ursachen dar, weshalb der Reichstanzler von der Reparationskommission einen Zahlungsaufschub für den 15. Januar und den 15. Februar erbat. Briand erklärte, Pariser Blättern zufolge, daß die Angelegenheit in den Bereich der Reparationskommission falle.

Aufnahme der deutschen Note in England

London, 16. Dezember.

Reuter erzählt von amtlicher britischer Seite, daß die Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission, worin sie erklärt, daß sie nicht in der Lage ist, die Januar- und Februarzahlungen voll zu leisten, nicht über das Land komme. Es bestreite jedoch die Ansicht, daß es ganz gut sei, das Schlimmste zu wissen, und von diesem Standpunkt gesehen, werde die Mitteilung der deutschen Regierung dazu dienen, die Luft zu reinigen und die gesamte Frage zu einer Entscheidung zu bringen. Im Augenblick bestehe keinerlei Neigung, den britischen Standpunkt darzulegen. Es werde erklärt, daß man sich, obwohl zahlreiche Vorschläge vorhanden seien, noch für keinen endgültigen Plan entschließen habe. Man erkenne immer mehr, daß diese Frage mit der allgemeinen Frage der Schwierigkeiten in Europa verknüpft sei. Angesichts dieser Tatsache sei es unzulässig, irgendeine Erklärung über die Politik hinsichtlich dieser besonderen Seite der

europäischen Lage abzugeben. Es könne jedenfalls als sicher gelten, daß Großbritannien keinerlei Ansuchen seitens Deutschlands zustimmen würde, außer unter bestimmt gefassten Bedingungen.

Erregte Debatte im Unterhause

London, 16. Dezember.

Im Unterhause erklärte heute Hilton Young auf eine Anfrage Kenworthy, die Reparationskommission, habe eine Note von der deutschen Regierung erhalten, in der diese um eine teilweise Verschiebung der Januar- und Februarzahlungen ersuche. Die dadurch geschaffene Lage werde von den Ministern erörtert werden. In Anbetracht der Dringlichkeit dieser Frage könne die Regierung jedoch nicht versprechen, ihre Entscheidung aufzuschieben, bis das Haus wieder zusammengetreten sei. Kenworthy fragte weiter, ob irgendwelche Sanktionen wie die Besetzung des Ruhrgebiets nicht auf eine neue Kriegserklärung hinauslaufen würden und ob das Parlament sie nicht erörtern sollte, bevor sie beschlossen würden. Das Parlamentsmitglied Benn rief dazwischen: Soll das heißen, daß die Regierung neuen militärischen Sanktionen zustimmen werde, ohne das Parlament zu befragen? Young erwiderte: Ich kann dem, was ich gesagt habe, nichts hinzufügen.

In Erwiderung auf eine weitere Anfrage erklärte Young unter ironischen Zurufen der Arbeitervertreter, der bisher von Deutschland auf Grund der Reparations- und finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages erhaltene Beitrag annehme nicht, um die Kosten des Besatzungsheeres zu decken. Ein Mitglied des Hauses fragte, ob für den Fall, daß England zustimme, die Kriegsschulden Frankreichs an Großbritannien zu streichen, eine Bedingung dafür die Rücknahme des besetzten Rheingebietes durch die französischen Truppen sein werde. Chamberlain erwiderte, er könne nicht sagen, was die Bedingung dieser Vereinbarung sein werde, die bisher noch nicht den Gegenstand einer Erörterung gebildet habe.

Belgien für Beschleunigung der Entscheidung

Paris, 16. Dezember.

Nach einer Havasmeldung aus Brüssel erklärte Außenminister Jaspar über die Verhandlungen, die er gestern in Paris geführt hat, natürlich seien auch die Reparationen erörtert worden; er habe Briand auseinandergesetzt, daß Belgien den Wunsch habe, die Entscheidung über diese Frage zu beschleunigen. Er habe auch auf die Priorität Belgiens bei den Zahlungen im Januar und Februar hingewiesen, die nicht der Gegenstand eines Moratoriums sein könnten. Er habe ferner von dem Antrage Deutschlands bei der Reparationskommission Kenntnis erhalten. Deshalb habe die Reise Briands und Loucheurs nach England eine sehr große Bedeutung. Sie würden nicht nur die Frage des Aufschubs, sondern das gesamte Reparationsproblem, mehr aber noch die Frage der wirtschaftlichen Wiederaufhebung der Welt, namentlich aber Mitteleuropas, besprechen. Die belgische Regierung habe immer den Zusammenhang zwischen diesen beiden Fragen betont.

Friesland gemäßigter

In der Sitzung der Zentrale der A. P. D., die am Mittwoch stattfand, wurde Friesland, dessen Kritik wir gestern auszugeweiht wiedergegeben haben, wegen seiner gegenwärtigen politischen Haltung seines Postens als Generalsekretär der Partei entzogen.

Aus der Internationale

Bildung einer Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Polen. Dr. Ladislaus Drobner aus Krakau, der seinerzeit aus der P. P. S. (Polnische Sozialistische Partei) wegen seiner radikalen Haltung ausgeschlossen wurde, wird demnächst eine Wochenschrift „Die Stimme der Unabhängigen Sozialisten“ herausgeben; das Blatt wird das Organ der Unabhängigen Sozialisten in Polen sein, einer neuen zwischen der P. P. S. und den Kommunisten stehenden Partei.

Bestärkte sozialistische Opposition in Italien. Die sozialistische Parlamentsfraktion hat beschlossen, die Opposition gegen die Regierung Bonomi zu verschärfen. Die Fraktionsleitung wurde mit der Führung des Kampfes beauftragt. Der Beschluß der Parlamentsfraktion ist besonders auf die bußsame Haltung der Regierung gegenüber den Faschisten, vor allem anlässlich der faschistischen Ausschreitungen in Cremona zurückzuführen.

Kampfanlage der englischen Gewerkschaften. Der Generatrat der Trade Unions veröffentlicht ein Manifest, in dem erklärt wird, daß die Unternehmer eine allgemeine Offensive gegen den Arbeitsstand und für die Herabsetzung der Löhne beginnen. Die Offensive gegen die Arbeiterschaft sei gut vorbereitet. Die Löhne sollen abgebaut, die Arbeitszeit erhöht werden. Das Manifest kündigt den Kampf gegen jede Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft an.

Die Einberufung sozialistischer Abgeordneter in Rumänien. In der rumänischen Kammer interpelliert der Sozialdemokrat Toma Drogu die Regierung in der Angelegenheit der verhafteten sozialistischen und kommunistischen Parlamentarier. Er teilte mit, daß die Abgeordneten sich seit mehr als 7 Monaten im Gefängnis befinden, ohne daß gegen sie ein Prozeß eingeleitet wurde.

Preussischer Landtag

Freitag, 16. Dezember

Abg. Kleinschmidt (US.) beantragt, die Beschränkung der Arbeitszeit bei der Erntearbeit aufzuheben. Der Antrag wird abgelehnt. — Ein Antrag aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, den Landtagsabgeordneten einen Erntezuschuß von monatlich 1500 Mark und, soweit sie außerhalb Berlins wohnen, monatlich 1000 Mark wird angenommen.

Eine allgemeine Aussprache zum Haushalt in dritter Lesung findet nicht statt.

Nach einer Pause wird der Etat in dritter Lesung angenommen, dazu eine Reihe von Anträgen und Petitionen. Die nächste Sitzung wird auf den 19. Januar, nachmittags 1 Uhr, festgesetzt. Bei der Feststellung der Tagesordnung verlangt Dr. Meyer-Olpreußen (Komm.), einen Antrag, der für Sowjetrußland 20 Millionen zur Linderung der Hungersnot zur Verfügung stellen will, auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt. Die Tagesordnung für den 19. Januar lautet: Bereinigung von Waldes-Forstmann mit Preußen. Wahlprüfungsgericht. Grundsteuer. Hebammengehälter. Änderungen in der Tagesordnung bleiben dem Präsidenten vorbehalten.

„Behörden mit diesem Fell.“ Gegenüber einer Notiz der „Welt a. M.“ mit obiger Signatur stellt der Preussische Pressedienst fest: Gegen den Redakteur des „Brandauer Tageblattes“ und den Schriftsteller „F. H.“ schreibt wegen des Artikels „Aufs Schaffott — Das zweite Opfer: Hella v. Gerlach“ bei dem Oberstaatsanwalt des Landgerichts III Berlin ein Verfahren. Die Strafverfolgung ist auch auf das mit dem „Brandauer Tageblatt“ verbundene „Völkische Tageblatt“ ausgedehnt worden.

Stolz weht die Platte schwarz-weiß. Das Reichsamt hat einstimmig beschlossen, daß aus außen- und innenpolitischen Gründen die Platten jetzt nicht gelöst werden soll, sondern daß die deutschen Schiffe ein weiteres Jahr die Platte schwarz-weiß wehen dürfen.

Sturm in einer Pfütze

Zur Charakteristik kommunistischer Kampfmethoden

Es wurde vor einigen Wochen gemeldet, daß in der kommunistischen Partei Ungarns eine Spaltung eingetreten sei und daß eine Reihe führender Parteifunktionäre auf höheren Befehl aus der Partei herausgeworfen worden sind. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht nun, auf Grund der erschienenen kommunistischen Publikationen, eine Reihe interessanter Tatsachen aus der ungarischen kommunistischen Bewegung, die auch in internationaler Beziehung Beachtung verdienen.

Es erweist sich, daß die „Säuberung“ der ungarischen Kommunistischen Partei auf Befehl einer in Moskau eingesetzten Kommission vorgenommen wurde, die aus Kadel, Bucharin und Thakheimer bestand. Grund für diese Maßnahmen war die unbefriedigende Tätigkeit der bisherigen Führer der ungarischen Kommunisten Landier, Lufacs, Lengyel, Homburger usw., die sich den Jörn der in Moskau weilenden kommunistischen Volkskommissare Bogany, Bela Kun und Eugen Barga zugesogen hatten. Die erwähnten kommunistischen Führer wurden nun auf den Wink Bela Kuns aus der Exekutive herausgeworfen; an ihre Stelle wurde eine neue Zentrale eingesetzt, an deren Spitze der gewesene Volkskommissar Bela Bogo steht, der bis zum Ausbruch der Revolution der Organisator der Rospionage des schamigsten Kriegsgeheimnisses Ungarns, des „Aj Ek“ war. Auch aus der Redaktion des Zentralorgans der kommunistischen Emigration „Proletar“ sind die Landier und Genossen hinausgedrängt worden, und in ihrem früheren Organ wird nun von der neuen Zeitung öffentlich Anklage gegen die Tätigkeit der bisherigen Exekutive in den letzten zwei Jahren erhoben. Diese Anklage ist es vor allen Dingen, die den Vorgängen innerhalb der kommunistischen Partei Ungarns größere Bedeutung über diesen Kreis hinaus verleiht.

Die Gruppe Kun-Bogany hat den Abgesägten den Vorwurf gemacht, daß sie keine kommunistische, sondern eine halb-anarchistische und syndikalistische Taktik im Wege der illegalen Propaganda der ungarischen kommunistischen Arbeiter empfohlen haben. Der frühere Volkskommissar Eugen Homburger, der die illegale Arbeit leitete, wird angeklagt, daß er sich seiner Arbeit so entledigte, daß ein jeder kommunistische Emigrant in Begleitung von zwei Polizeipersonen des Horst in Budapest einzufuhr, dort verhaftet und zum Tode verurteilt wurde. Seiner Gemütslosigkeit und Leichtfertigkeit sei es zuzuschreiben, daß eine Anzahl seiner Beauftragten den Tod fanden, gar nicht zu sprechen von den vielen heute schon mehr als hundert betragenden Genossen, die zu Gefängnisstrafen von 10 und 15 Jahren verurteilt wurden, weil sie im Auftrag der Herren Lufacs, Lengyel, Landier usw. nach Ungarn Flugchriften zu schmutzigen Verdächtigungen, die aus der kommunistischen Exekutive in Wien hamsterten.

Diese Flugchriften selbst, die die Taktik der ungarischen Kommunisten in den letzten zwei Jahren kennzeichnen, werden nun von dem offiziellen kommunistischen Organ „Proletar“ als Ergebnisse einer wahnsinnigen Abenteuerpolitik gebrandmarkt. Es erweist sich, daß in diesen von den Kommunisten hergestellten Flugchriften die Diktatur des Proletariats als schändliche Terrorherrschaft hingestellt wurde; daß sie sich einmal für Horst und ein anderes Mal für Karl Habsburg einsetzten; daß sie sich bald als erwachende Magagnaren und bald als königstreue Abgeordnete maschierten und so „den unverfälschten Geist des Klassenkampfes und der sozialen Revolution“ verfolgten.

Dieses schändliche Treiben, das in die Arbeiterbewegung nur Verwirrung hineintrug, wurde von der „Arbeiter-Zeitung“ bereits im September dieses Jahres enttastet. Die kommunistische „Kote Fahne“ erging sich darauf in wüsten Beschimpfungen gegen unser Bruderorgan. Nun stellt die „Arbeiter-Zeitung“ fest, daß in der Kommissionierung der kommunistischen Internationale in Moskau Kadel bereits am 17. August dieses Jahres das folgende gesagt hat:

„Da es sehr schwierig war, unter kommunistischer Flagge eine offene kommunistische Politik zu machen, sind die ungarischen Kommunisten auf einen merkwürdigen Ausweg verfallen. Sie haben Flugchriften fabriziert im Namen des Landwirtschaftsministers an die Bauern und forderten so die Bauern zur Bodenrettung auf. Im Namen des Kaisers Karl haben sie Flugchriften an die Offiziere verfaßt, die man zum Kampfe gegen Horst aufforderte.“

Kadel wußte also bereits am 17. August, daß diese verbrecherische Abenteuerpolitik von den ungarischen Kommunisten betrieben wurde. Trotzdem leugnete die Wiener „Kote Fahne“ noch einen Monat später rundweg diese Tatsachen ab und behauptete unsere Genossen der Lüge und Verleumdung, als sie gegen dieses verabschiedete Treiben Front machten!

Neben diesen Tatsachen, die die kommunistischen Methoden grell illustrieren, ist noch folgendes von Interesse: Nach den Mitteilungen des „Proletar“ bestand die ungarische kommunistische Partei aus 30 Mitgliedern und 81 bezahlten Parteiangestellten, die die oben gekennzeichnete Tätigkeit erfassten und abwechselnd satirische und horthörsche Flugchriften verfaßten, die ungarischen Arbeiter in die Arme der Volkspolizei, dann in den Kerker und in den sicheren Tod trieben, sonst aber, immer nach den Angaben des „Proletar“, fleißig in den Wiener Kaffeehäusern saßen und ihre Gehälter als Parteiangestellte der ungarischen kommunistischen Partei erhoben. Die „Arbeiter-Zeitung“ stellt im Anluß an diese, vom offiziellen kommunistischen Organ selbstgestellte Tatsache die Frage, wie das mathematische Wunder zustande gebracht wurde, daß 30 Parteimitglieder 81 Parteiangestellte erhalten und dabei die gewiß nicht geringen Kosten für eine Flugchriftenagitation abwechselnd zugunsten Horst's, Karls und ähnlicher kommunistischer Renegationen aufzubringen vermochten.

Auch in anderen Ländern, insbesondere in Deutschland, könnte man ähnliche neugierige Fragen stellen und die erleuchteten kommunistischen Führer um die Erklärung derartiger „mathematischer Wunder“ ersuchen. Aber nur ein Narr wartet auf Antwort.

Das Ortsklassenverzeichnis

Im Reichstag ist am 16. Dezember der Entwurf eines Ortsklassenverzeichnisses angenommen worden. Dieser Entwurf ist nach Verhandlung mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter zustande gekommen. Die Gewerkschaften haben, soweit uns bekannt ist, in äußerst schwierigen und langwierigen Verhandlungen mit der Regierung alles aufzuboten, die Vorteile möglichst günstig zu gestalten. Es ist ihnen infolge des hartnäckigen Widerstandes der Regierung leider nur teilweise gelungen, die berechtigten Forderungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter durchzusetzen. Der vorliegende Gesetzentwurf ist deshalb noch sehr mangelhaft und hat in den nicht oder nicht genügend berücksichtigten Orten lebhafteste Empörung hervorgerufen.

Die grundsätzliche Stellungnahme unserer Fraktion zur Ortsklasseneinteilung darf im allgemeinen als bekannt vorausgesetzt werden. Es genügt deshalb, die Forderungen der U.S. P. D. hier kurz zu wiederholen. Unsere Reichstagsfraktion forderte im Frühjahr dieses Jahres, als die Grundzüge für die Neuauflage des Ortsklassenverzeichnisses zur Debatte stand, die Verminderung der Zahl der Ortsklassen von fünf auf drei und die Einteilung in Wirtschaftszonen. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Rechtssozialisten, haben unsere Forderungen niedergestimmt.

Die Regierung hatte die Absicht, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf alle weitergehenden Forderungen auf Höherhaltung von Orten mit Wirkung vom 1. April 1920 unter allen Umständen zu verhindern. Indem sie alles verlor, um die Vorlage unverändert im Reichstag zur Verabschiedung zu bringen. Diese Absicht der Regierung wurde durch den energischen Widerspruch der Genossen Blich und des Genossen Blasing, dem sich die Vertreter der übrigen Parteien anschlossen, verhindert.

Die Anklage des Oberreichsanwalts

Die Schutzwehr für die Volksrechte

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Leipzig, 16. Dezember.

Der Verteidiger Jagow, Rechtsanwalt Grünspach, brachte es heute im Plaidoyer fertig, die Kappisten als Schutzwehr für die Volksrechte zu bezeichnen. Sie haben die Volksrechte gegen die angestrebte verfassungswidrige weitergehende Nationalversammlung schützen wollen. Man darf jedoch und ähnliches Geschwätz selber nicht nur als ein albernem Advokatenmäuschen abtun — wer weiß, wie dergleichen auf die Richter des Reichsgerichts wirkt!

Der Oberreichsanwalt Ebermeyer freilich hatte mit diesen recht saul zu nennenden Fächerfunkfädchen schon in der Anklage-rede abgerechnet. Sein Plaidoyer war straff und klar disponiert. Es wurde gut vorgelesen und ließ, wenn man den Maßstab der deutschen Justiz anlegt, das heißt, der Justiz gegen Angehörige der herrschenden Klasse, an Entschiedenheit und Eindringlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es gab auch eine gute Zusammenfassung alles Wesentlichen, was die Verhandlung zutage gebracht hatte. Es ist also nicht etwa von der Reichsanwaltschaft ein Rückzug angetreten worden, wie zu vermuten war. Die Rede des Oberreichsanwalts behandelte den Kapp-Putsch mit grimmiger Seltz und sagte den Angeklagten die bittere Wahrheit, daß ihre Haltung vor Gericht und ihre Anreden nicht sehr tapfer seien. Der Oberreichsanwalt charakterisierte nicht minder entschieden die bedenklichen Aussagen verschiedener Schutzzeugen, wie die des Herrn von Dewitz und anderer.

Sehr interessant und gut ausgeführt waren die rechtlichen Auslassungen über das Recht der Revolution, über die Rechtmäßigkeit der Nationalversammlung im Moment des Kapp-Putsches und über die Mittäterschaft und Mitführerschaft der Angeklagten. Alle die Einwendungen, die schon während der Beweisaufnahme gegen die Annahme der Führerschaft und der Mittäterschaft gemacht worden sind, wurden in überzeugender Weise entkräftet. Daß der hohe Reichsanwalt nicht Zucht-hausstrafe beantragen würde, war allerdings zu erwarten.

Herr Grünspach war als Verteidiger Jagow's voll Eifer für seinen Klienten; aber von seiner Rede gilt, daß weniger mehr gewesen wäre. Er wollte zuviel beweisen, und das verführte ihn zu gewagtesten Konstruktionen, so zu der oben schon angelegten. Eingestreut waren allerlei persönliche Bemerkungen, die auf das Gemüt wirken sollten. Der Verteidiger Wangenheims, Justizrat Görrer, legte den Hauptton auf „den Mann reinen Herzens und reiner Hand, den Edelmann vom Scheitel bis zur Sohle“, den nur die hange Sorge vor Generalstreik und Hungersnot und sonst nichts geleitet habe.

Am Montag werden die Plaidoyers weitergehen, ob das Urteil schon für diesen Tag zu erwarten ist, erscheint fraglich.

Die Anklagerede

Der Oberreichsanwalt fuhr in seinem Plaidoyer fort: Hochverrätherisches Unternehmen bedroht die Völkung und Versuch in vollem Umfange. Unter „Verfassung“ versteht § 84 die Grundlagen des staatlichen Lebens. Als solche kamen in Betracht Grundzüge über die rechtlichen Grundlagen, auf denen das Staatsleben beruht. Sie waren anders bis zum November 1918. Bis dahin ruhte die Staatsgewalt in der Souveränität der deutschen Bundesstaaten, jetzt ruht sie bei der

Gesamtheit des deutschen Volkes.

Wir leben in einem Einheitsstaate. Der Reichstag hat jetzt eine größere Bedeutung als früher. Neben ihm steht der Reichspräsident und neben diesem die Regierung. Wer den Reichstag angreift, den Reichspräsidenten absetzt, die Regierung kürzt, macht sich eines Angriffs auf die Verfassung schuldig, sucht sie zu ändern. Das gleiche gilt, wenn jemand versucht, die Stellung des Reichspräsidenten mit der des preußischen Ministerpräsidenten zu vereinigen, überhaupt, wenn jemand versucht, an die Stelle der gegenwärtigen Regierung eine Diktatur zu setzen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß nach der Novemberrevolution in Deutschland vielfach Unzufriedenheit geherrscht hat. Diese wurde genährt durch eine Reihe trauriger Ereignisse in erster Linie durch die Unterzeichnung des Friedens, die Abbröckelung von Gebieten des Reiches, die Abrüstung und die Zerstückelung und Verfeinerung unseres Heeres. Die Schuld an dem alles wurde der Regierung — mit Recht oder Unrecht — beigemessen. Die Wünsche, eine Besserung herbeizuführen, schienen sich in der sogenannten Nationalen Vereinigung konzentriert zu haben. Die schließliche Anklage nahm an, daß die Angeklagten Mitglieder derselben waren. Ein Beweis für die Mittäterschaft der Angeklagten ist nicht erbracht. Vollkommene Klarheit über die Ziele der Vereinigung ist nicht zu schaffen. (Weil die Polizei die Beweiser benachteiligt, das beweiskräftige Material beiseite zu schaffen. D. Red.)

Schon im Februar 1920 wurde ein Aktionsprogramm aufgestellt, welches alle Einzelheiten enthält und später bei dem Putsch auch durchgeführt worden ist. Die erste Handlung v. Jagow's war programmgemäß die Ausendung von Telegrammen, durch welche er

Oberpräsidenten und andere Beamte absetzte.

Die Kommandeurerammlung im Januar 1920 ist hier auch zu erwähnen. Die Brigade Ehrhardt, die sich gegen Kapp und er worden hatte, sollte aufgelöst werden. Es ist bezeichnend, daß man in ihren Kreisen der Auflösung widerstand. Auch Lüttich war gegen die Auflösung. Nachdem sie am 29. Februar verfügt war, setzte sich Lüttich durch seine Ansprache am 1. März mit dem damaligen Reichminister in Gegenfakt. Hergl und Heine stellten am 4. März Lüttich vor, wie idriest es sein würde, wenn er mit Gewalt die Regierung zu etwas zwingen wollte, was sie nicht verantworten könnte. Lüttich logte: „Wenn es nicht geht, sehe ich den Reichspräsidenten über ab, und meine Soldaten schlafen alles kurz und klein.“ Die Anträge der Rechtsparteien wurden am 9. März von der Nationalversammlung abgelehnt. Lüttich ging darauf vom Reichspräsidenten und forderte Reichspräsidenten und Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk. Keine wollte Lüttich daraufhin laß. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Sache Herrn Kapp über den Kopf kam. Er war mit seinen Vorbereitungen noch nicht so weit, aber nachdem die Verhältnisse durch das „Höflichkeitstimmetum“ Lüttich's (das sind Kapps eigene Worte) sich befestigt hatten, mußte er handeln. Lüttich veranlaßte dann die Brigade Ehrhardt,

nach Berlin zu marschieren.

In eingehender Debatte im 23. Ausschuss wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Auszahlung für die nach der Vorlage höher gestuften rund 16.500 Orte sofort erfolgen muß, daß aber, um dies zu erzielen eine „En-bloc“-Annahme der Vorlage nicht notwendig sei. Die Vorlage enthalte ferner Ungerechtigkeiten und Härten, daß sie eine unverfügbare Quelle von Unzufriedenheit und Erbitterung bilde. Unserer Forderung, der sich eine Anzahl anderer Abgeordneter anschlossen, die Regierung zu ermächtigen, auf Grund der Vorlage auszuwählen, und inwieweit im Ausschuss die Durchberatung vorzunehmen, widersprach die Regierung, und erklärte, daß alsdann die Auszahlung an die Kommunalbeamten nicht erfolgen könne, daß ferner eine große Anzahl Arbeiter und Angestellter des Reiches, der Länder und Gemeinden, für die in Tarifverträgen die Uebertragung des endgültigen Ortsklassenverzeichnisses einen Monat nach

Kapp war inzwischen nicht untätig gewesen, er hatte sich v. Jagow und Döge den Organisator der Sipps kommen lassen. Kapp hat sich dann am 12. März mit Traub, Schiele und Bang in Verbindung gesetzt, denen er die Ministerien des Kultus, der Wirtschaft und der Finanzen anbot. Die Ereignisse in der Nacht vom 12. zum 13. März sind in der Verhandlung eingehend besprochen worden. Es mußte verhindert werden, daß Deutsche gegen Deutsche sich vor dem Brandenburger Tor eine Schlacht lieferten. Deshalb beschloß die Regierung, Berlin zu verlassen. Am 13. März, 6 Uhr morgens, verließ Kapp mit seinem ganzen Stab am Brandenburger Tor. Zufällig ist dieses Zusammentreffen auf keinen Fall gewesen.

Die Herren, die damals dort erschienen, waren offenbar in Kapps Pläne vollständig eingeweiht. Kapp zog mit seinen Getreuen in die Reichsanstalt, und es konnte nun registriert werden. Aber fragt mich nur nicht wie! Ein wirres Durcheinander, eine Tübenschule, eine Schieber- oder Händlerbörse war es nach den eigenen Neußerungen von Anhängern Kapps. Man wußte offenbar nicht was man tun wollte. Schon in den Morgenstunden des 13. März zeigten sich gewisse Weiterzeichen. Am 14. März verdrängten sich die Sturmwolken, die dem ganzen Unternehmen drohten. Am 14. März sollte bereits der Verfassungstext einsehen. Dejer und Dominicus führten Kapp

das Verbrecherliche seines Unternehmens

vor Augen und forderten seinen schleunigen Rücktritt, damit größeres Unheil vermieden werde. Kapp hatte dazu zunächst keine Lust und bot Südekum einen Ministerposten in einem Koalitionsministerium an. Am 15. März stellten die Herren Kapp und Genossen gewisse Forderungen, in denen die Amnestie eine besondere Rolle spielte. Sie mußten also schon damals einen mächtigen Rahmenlammer gehabt haben. Am 16. spielte sich die Lage zu. Die Sipps und die Reichswehr rückte von Kapp ab die Spartaisten stellten überdies ein Ultimatum. Am 16. hatte man schließlich so viel erreicht, daß Kapp erklärte, er werde am nächsten Morgen seinen Entschluß mitteilen. Tatsächlich hat er auch am 17. seinen Rücktritt erklärt.

Davon, daß die Angeklagten nur bestrebt gewesen sind, ferne Verhältnisse wieder herzustellen, davon glaube ich kein Wort. Es ist nicht richtig, daß ein Weiterziehen der Nationalversammlung verfassungswidrig war, daß der Reichspräsident verfassungswidrig sein Amt weiterverwaltet und daß die Nationalversammlung nur eine Konstituante war. Ich habe aber die Ueberzeugung gewonnen, daß das Ziel Kapps und der Angeklagten ein ganz anderes war, nämlich an Stelle der bestehenden Verfassung eine andere zu setzen.

Zunächst die Diktatur.

Sie wollten die Verfassung grundlegend ändern. Den besten Beweis für das, was die Herren gewollt haben, können wir aus der von ihnen erlassenen Proklamation entnehmen. Nach dem 13. März bestand in Deutschland kein Zweifel darüber, was Kapp erstrebt hat. Welch Frevel wäre es, zu glauben, daß Kapp nur die alte Verfassung wieder herstellen wollte. Dafür ist Kapp selbst ein klaffender Zeuge. Wir würden Herrn Dr. Schiele Dank dafür, daß er die beiden Briefe Kapps an Wehner und an einen Unbekannten aufgehoben hat. Kapp sagt darin: Die Herren sollten die Regierung führen und er sollte die Regierung übernehmen. Ist das ein Schutz der Verfassung, den er geplant haben will?

Die Auflösung der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung, Absetzung des Reichspräsidenten, Versetzung der Beamten des Reichsstaats mit denen des Preussischen Ministerpräsidenten, das Bestreben, den einzelnen Staaten wieder ihre Finanzhoheit zu verschaffen, all diese Bestrebungen enthalten den Versuch, einer Änderung der Verfassung. Der Kapp-Putsch zielte also darauf hin, die Verfassung gewaltsam zu ändern. Wenn in einzelnen Orten Kommunisten die Ueberzeugung abgelehnt haben, so hat das Reichsgericht hierin Gehör ertheilt. Dann aber muß ein so gewaltiges Unternehmen, das das alte Reich in Aufruhr und Unruhe versetzt, erst recht als ein hochverrätherisches Unternehmen angesehen werden. Kapp hatte keineswegs die Mehrheit hinter sich. Ist Berlin Deutschland?

Zur Bestrafung der Angeklagten bedarf es allerdings des Nachweises, daß sie Führer waren. Das Innenministerium vom 4. August 1920 läßt alle Teilnehmer des Unternehmens frei, soweit sie nicht Urheber oder Führer sind. Ausgenommen sollten von vornherein sein, die obersten

Führer Kapp und Lüttich

und auch solche Führer, die sich an der Durchführung des Unternehmens beteiligt haben und wichtige Entscheidungen zu treffen hatten. Es ungeliegt keinem Zweifel, daß die Angeklagten Führer waren und von der Amnestie ausgeschlossen sind. Das Kappunternehmen war ein moralisches Verbrechen. Justizhaus kann nicht in Frage kommen. Jagow ist schwerer belastet als die Mitangeklagten. Es kommen mildernde Umstände in Betracht. Ich beantrage neben v. Jagow sieben, gegen die beiden anderen Angeklagten je sechs Jahre Festungshaft.

Reichsanwalt Grünspach für den Angeklagten Jagow: Die Nationale Verteidigung beabsichtigte einen kommunistischen, und unter Beistellung der von den Kommunisten eingesetzten Regierung sollte dann das Kapp'sche Unternehmen zu einer neuen Regierung führen. Zu diesem Zwecke sind die Gesetzentwürfe angefertigt worden. Jagow ist

ein Wahrheitsfanatiker;

er würde es ausrechnen haben, wenn er wirklich das beabsichtigt hätte, was der Oberreichsanwalt ihm unterstellt. Die Absetzung des Reichspräsidenten richtete sich nicht gegen eine Einrichtung der Verfassung, sondern nur gegen die Person des Reichspräsidenten. An der Absetzung des Reichspräsidenten und anderen Handlungen hat v. Jagow sich nicht beteiligt. Eine Reihe von Zeugen haben erklärt, daß sie von einer Führertätigkeit v. Jagow's nichts gehört haben. Der Zeuge Südekum unterschied zwischen Reichspräsidenten und Anhängern. Er hatte einen guten Einblick in die Verhältnisse und bezeichnet v. Jagow als bedeutungsloses Anhängel. Der Verteidiger beantragt Freisprechung oder Einstellung des Verfahrens auf Grund der Amnestie.

Justizrat Dr. Görrer, Friedländer u. Wangenheim: Alle Teilnehmer des Kappunternehmens haben mit reinen Händen gehandelt. Es sind keine Schläfer ausgeraubt worden. Das muß dem In- und Auslande gegenüber besonders betont werden. Doch v. Wangenheim hat aktiv mit dem Unternehmen in irgend einem Vorstadium beschäftigt ist, ist nicht erwiesen. Der Angeklagte v. Wangenheim ist ein Edelmann vom Scheitel bis zur Sohle. Ein Mann, der nur das Wohl des Volkes im Auge hatte, könne nicht ein Hochverräther sein. Er beantragt Freisprechung oder Einstellung des Verfahrens.

Hierauf wird gegen 1/5 Uhr die Weiterbehandlung auf Sonnabend vormittag 9 1/2 Uhr verlagert.

dessen gesetzlicher Verabschiedung vorgeesehen sei, geschädigt würde. Schließlich einigte sich der Ausschuss auf einen Antrag, der eine sofortige Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses durch einen Reichstagsausschuss und den Reichspräsidenten, die spätestens bis 1. März 1922 beendet sein muß und die Nachzahlung der Beträge für die höher gestuften Orte und Ortsteile rückwirkend ab 1. April 1920 verlangt.

Ein Zusatzantrag unserer Fraktion, das Ergebnis der Nachprüfung dem Reichstag zur Beschlußfassung vorzuliegen, wurde abgelehnt.

Amerikas Kufschiff. Aus Washington wird gemeldet, daß Hoover den Antrag eingekauft habe, die Summe für die Kufschiff von 10 Millionen Dollar auf 20 Millionen zu erhöhen.

Schlüpfer und Raglans zur Reise aus Homespun und gemustertem Chaylot. M. 475, 525, 550, 650 bis 1050

Hausjoppen und Schlafbrüde in großer Auswahl

Summi-MBatal in vielen guten Qualitäten und Passons. M. 395, 450, 550, 625, 750, 850 bis 1200

Jackett-Anzüge in guten Qual. u. best. Verarbeitung. M. 550, 750, 950, 1050, 1250, 1450

Knaben-Anzüge in Blusen-, Schlüpfer- und anderen Formen, aus vorzüglichem Wollstoffen. 100, 150, 195, 250, 350

Jünglings-Anzüge in großer Auswahl, nur M. 350, 450, 550, 650, 750, 950

Gestrelte Hosen, größtenteils unter Herstellungspreis. M. 85, 112, 121, 135, 175, 250, 350

Nur Qualitätsware kommt zum Verkauf

Morgen, Sonntag von 1 bis 6 Uhr geöffnet!

Warme mollige
Ulster
am Lager

M. Schulmeister
Kottbuser Tor
Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
3 Uhr: Die Göttergötter
7 1/2 u.: Maffi Menich

Neues Volkstheater
Schaubühne
7 1/2 u.: Die Göttergötter
Terbrochene Krug

Staatstheater
Opernhaus
7 1/2 u.: Die Göttergötter
Das Christ-Elflein

Deutsches Theater
7 u.: Ein Trauerspiel

Kammerspiele
8 u.: Der Scherzhaft

Großes Schauspielhaus
Kathische
7 u.: Pantons Tod

Theater u. d. Königsgraben
7 u.: Midala
(Kartou, Tsch. Schalk, Himmels, Ring, Bild, Dornburg, u. Tschornowski Sänger)

Mr. Manon Lescaut
Dresda, Janina, Wemans, Bild, Jünger, Fische

Romödienhaus:
7 u.: Die Fahrt ins Blaue
Mittler, Richard, Engel, Götzel, Götzel, Dornburg

Berliner Theater:
Abends 7.30 Uhr

Prinzessin Olala
Fritzl Maria a. G., Ralph Arth. Roberts, Pepi Zampa, Herb. Riper

Romische Oper
7 u.: Die große Aufführung:
Operetten-Revue
Der Herr der Welt
Theater des Ostens
8 1/2 u.: Goldhähnchen
Stimmfächer
7 u.: Biederleute
Das Mädchen von Elzabad

Residenz-Theater
7 u.: Das weite Land

Manon - Theater
7 u.: Kammerspiele
Himmere dich um Amelle
Lena Berg, Olga Limburg

Alte Theater:
7 u.: Jacqueline
(Die Fische nach) Carola Tonio, Rosa Borries

Wollner-Theater
Täglich 7.30 Uhr
Sanzgräfin

Theater am Rollendorfsplatz
7 Uhr
Die Ehe im Kreise

Waldfahrer-Theater
7 1/2 u.: Jung muß man sein

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: 101. 14077
Tägl. 7 u., 11 u., 8 u., nach 3 u.
Ein Sänger
Gottsch. d. Carl-Zb. Kiefer - Mädchen
Verfasser:
Hänsel und Gretel
Halbe Brille
Dornburg 11-1/2 u., 4-6

Apollotheater
Friedrichstraße 31a
Unter persönlicher Leitung d. Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Kassationsoperette

Casino-Theater
7 u.: Der Weg zum Glück
Sängerin: Martina Wittenberg

METROPOL
Friedrichstraße 34
7 u.: Riefen-Weihnachts-
Epietplan

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Das Paradies der Witwenball
Mit Mundstücke

CIRCUS RUSCH
Tel. 7 u., 8 u., auch 7 u.
Morgen!
Eonningsfreude

Fritzi Massary
deren diesjähriges Gastspiel am
Berliner Theater
demnächst zu Ende gehen sollte,
hat, veranlaßt durch den ungewöhnlichen Erfolg von
Prinzessin Olala
Vaudeville von
Bernauer und Schanser,
Musik von
Jean Gilbert
ein neues Abkommen mit den
Direktoren Meinhard und
Bernauer getroffen, demzufolge sie
bis zum 15. Januar täglich im
Berliner Theater auftreten wird.

Am 27. Dezember
findet bereits die 100. Aufführung
dieses erfolgreichsten musikalischen
Schwanks statt in der Premieren-
besetzung:
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts
Pepi Zampa
Herbert Riper
Robert Scholtz, Grete Lundt,
Elly Branden, Paul Rehkopf,
Ernst Behmer, Jenny Marba,
Frieda Lehndorff,
Wally Koch, Paul Pruegel,
Heinz Alexander.
Musikal. Leitung: Hugo Messgen.

Zu noch sehr angemessenen Preisen
kaufen Sie
Seidenschals von Mk. 32.— an
Wollschals von Mk. 65.— an
Rodelgarmenten (Schal und Mütze) von Mk. 135.— an
Oberhemden, Einsatzhemden, Normalhemden und Hosen,
Seidenkrawatten und Strickbinder, Leinen und Sportwäsche
Spez.: Dauerwäsche in bester Qualität noch sehr preiswert
bei **J. Altberg** Spezial-Haus „Kietz Welt“ **Neukölln, Bergstr. 155**
Berlin, Oranienstr. 199 / Danzigerstr. 14

Kakaopulver
Couvertüre, Tafel-Schokoladen in
diversen Weihnachtspackungen
von M. 4.20 ab, bietet an
F. P. A. Kauffmann
Nahrungsmittel-Ges. m. b. H.
Berlin S 14, Wallstr. 35/36

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
Dem Kollegen zur Nachricht, daß unser
Mitglied, der Arbeiter
August Langer
am 12. Dezember gestorben ist.
Erhebe seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 17. Dezember, nachmittags 1/2 5 Uhr, im
Krematorium Reichstraße statt.
Kege Vereitigung erwarre!
Die Ortsverwaltung.

**Hilfswerk
Russland!**
Wer beteiligt sich daran, durch freiwillige
Ueberlassung eines gerade leerstehenden
oder geeigneten Lokales, Sanities, Ladens,
Büros usw., an die Rindfleisch für die
Russenden in Kurland, zwecks Kostellung
des für die Verlosung gezeichneten Kaufvertrags?
Mitteilungen erbeten an **J. Weigel, Kottbus-**
platz 12. — Telefon: Amt Köpen 3223.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon Amt Norden Nr. 833-836

Bezirksfretretär gefund!
Für den Bezirk Dresden der D. S. V. D.
sind zum heutigen Kurier ein Sekretäre gesucht.
Wichtigste d. h. tüchtige und redegewandte Bewerber
wollen ihre Bewerbung bis zum 23. Dezember ein-
reichen.
Der Bezirksvorstand
J. H. H. Mecke, Dresden, Rosenstraße 107.

Achtung! Bauhofsloffer Achtung!
Montag, den 19. Dezember 1921, abends
5 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresden
Straße 17-18 (großer Saal)

**35
selbständige
Schwachstrom-Monteuere**
für Reihenbeleuchtung, Zentralen, Automatenbau und
Reparatur zu besonders günstigen Bedingungen
wie selbst gesucht von
„VOLTA“, Elektrotechnische Gesellschaft m. b. H.
Schöneberg, Reichenbergerstraße 89.
Nur tüchtige Offerten erbeten.

Branchen-Versammlung
der Bauhofsloffer und
der Kollegen aus den Betrieben
für gelochte Bleche
Tagesordnung:
1. Soll ein neuer Lohnstarif abgeschlossen
werden?
2. Stellungnahme zur Ründigung des
Mantelstarifs.
3. Branchenangelegenheiten.
— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! —
Montag, den 19. Dezember 1921, abends
6 Uhr, im „Reichenberger Hof“, Reichenberger
Straße 147

Wickler
für Drehstrom bis 20 PS, Einzel- und Durchleiter
— sucht —
El. Motorenfabrik Gebr. Papst
Nowawes, Kaiser-Wilhelmstr. 27, Tel. 072
Bei Meldung wird Fahrgeld vergütet!

Branchen-Versammlung
der Metalldrucker und Polierer
Tagesordnung:
1. Bericht über die Werkstattefrage.
2. Branchenangelegenheiten. 3. Berichtswesen.
Die Ortsverwaltung.
Montag, den 19. Dezember 1921, abends
6 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresden
Straße 45a, Ecke Prinzessinnenstr.

Freiheit-Abonnenten
erhalten als
Weihnachts-Prämie
den
Ledebour-Prozess
gebunden statt 40.— Mark
für 25.— Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin E 2, Breite Str. 8-9

Branchen-Versammlung
der Emailerier und ver-
wandten Berufe
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Ründigung unseres
Lohnstarifs.
2. Branchenangelegenheiten und Verchiedenes.
Die Ortsverwaltung.
Montag, den 19. Dezember 1921, abends
6 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresden
Straße 45a, Ecke Prinzessinnenstr.

Die letzten
billigen
Vorräte! —
QUALITÄT!
**Gepreßter
Plüschmantel**
ganz auf Futter
M. 695.—
Schlüpfer u. Ulster a
von 295.— M. an.
Garnierte Kleider
von 350.— M. an.
Kostüme
von 495.— M. an.
KINDER- UND BACKFISCH-
MÄNTEL UND KLEIDER.
**Oskar
Wollburg**
BERLIN, N. BRUNNENSTR. 56-57

Dukaten-Gold 800 gest.
14 Karat. Gold 285 gest.
8 Karat. Gold 235 gest.
Silber von 35.00 Mark
Trauringe
billiger
Stets vorrätig am Lager
Trauringfabrik „Mingog“
Berlin O. Grüner Weg 69
Filiale: Dresdener Str. 31

Großer Weihnachtsverkauf
von Trikotagen / Wollwaren / Berufskleidungen
Einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:
Planenhemden 69.50
Sackhemden 64.00, 54.00
Hemden, wollgem. 68.00
Unterhosen, wollgem. 68.00
Unterhosen, gefüttert 39.00
Socke 19.50, 12.50, 10.50, 3.95
Feidraue Joppenanzüge 410.00
Feidraue Hosen 198.00, 125.00
Große Auswahl in gestrelften Herren-Hosen
Klapeko
Verkaufsstelle I: Frankfurter Allee 7, neben Tietz
Verkaufsstelle II: Dresdener Straße 10

Heine Reliquien
Bene Erlieb und deutsche
Heinrich Heines
Herausgegeben
von
Maxim. Frk. v. Helbe-Goldera
mit
Gustav Karpelos
mit 5 Bildnissen
und 5 Holzschnitten
Ein 300 Seiten harkes
Ganzleinenband
30.— Mark
Buchhdlg. „Freiheit“
Berlin E 2, Breite Straße 8-9

Arbeiter u. Angestellte!
Bedeuten Bedarf an
guten Büchern und Spielen
für Erwachsene, Jugendliche und Kinder,
für künstlerischem Wanderschmuck in der
Weihnachts-Ausstellung
der Berliner Gewerkschaftskommission
Engelstr. 24
Verkaufszeit täglich von 10 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends.

**Botenfrauen
sofort gesucht**
Expedition Gliche
Bankstraße 60 (Laden)
„Freiheit“-Ausgabestelle Wilda
Schwarzkopffstraße 98
für
Königsmusterhausen

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a.
Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer,
teils auf Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm
billig! Pelzwaren: Kreuzfische 300, Zobelfische 400. Blau-, Silberfische, Skunks, Wölfe,
Luchse, Sportpelze 800, Gelpelze 1200, Pelzmäntel 2000. Keine Lombardwaren!

Für die Behebung der Wohnungsnot

An die Bevölkerung Berlins!

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und das Ortskartell des U.F.V. Bundes sehen sich gezwungen, der Berliner Bevölkerung die Gründe darzulegen, aus denen eine Behebung der immer drückender werdenden Wohnungsnot, eine Erleichterung der nahenden Arbeitslosigkeit und die Abwendung kommender wirtschaftlicher Erschütterungen aufs äußerste erschwert worden ist.

Seit über Jahresfrist drängen wir auf endlichen Abschluß der für das Berliner Wohnungs- und Siedlungswesen notwendigen Organisation unter der sachmännlichen und tatkräftigen Leitung eines Generaldirektors für Wohnungs- und Siedlungswesen.

Nichts ist bisher geschehen!

In immer erneuten unfruchtbaren Beratungen wird die Erledigung dieser wichtigsten Wirtschaftsaufgabe Berlins verschleppt. Sind sachliche Hommungen die Ursache? Nein! Wer ist also der Schuldige und fällt den einschlägigen Männern im Magistrat in die Arme? Entscheidende Verzögerungen gehen auf die mittelbaren und unmittelbaren Einflüsse des Stadtbaurates Hoffmann zurück, trotzdem dieser nicht das Geringste mit den Wohnungs- und Siedlungsfragen zu tun hat, und trotzdem er keineswegs als Sachmann für eine neuzeitliche Wohnungspolitik beirachtet werden kann. Baurat Hoffmann hätte als Mitglied der Wohnungs- und Siedlungsdeputation seit 3 Jahren Zeit und Gelegenheit gehabt — wenn dies überhaupt nötig gewesen wäre — seine Wünsche zu äußern. Er hat dies unterlassen, um erst während der Magistratsberatungen über die Wahl des Generaldirektors für Wohnungs- und Siedlungswesen durch immer erneute Anträge immer wieder Verschleppung über Verschleppung herbeiführen zu können. Halblose Einwände, noch halblosere Behauptungen mühten dieses Spiel unterhalten. Die Vorschreibung der unmöglichsten Kandidaturen war diesem Manne recht, um weiterhin hinter den Kulissen den ungekrönten König des Berliner Bau- und Wohnungswesens spielen zu können. Während man immer wieder versichert, daß endlich die Beratungen über den Abschluß bzw. den endlichen Beginn der Organisation des Berliner Wohnungs- und Siedlungswesens zum Abschluß kommen sollen, verhandelt man auf Betreiben des Baurats Hoffmann mit Personen, die nicht die geringste Gewähr bieten, daß in Zukunft in Berlin eine Wohnungspolitik getrieben wird, welche die

Interessen der Allgemeinheit

wahrt. Man verhandelt mit Personen, die weder die geringste örtliche Kenntnis, noch die notwendige Einsicht und Tatkraft in die Erfordernisse des Heute und Morgen besitzen. Sollen wir das ruhig mit ansehen? In aller Öffentlichkeit fordern wir, daß man endlich die Hände wegwäscht von Dingen, die viel zu ernst sind, als daß sie zum Tummelplatz diplomatischer Kunststücke und dilettantischer Ratsschlüsse gemacht werden. Die Öffentlichkeit wird sich die Männer merken, die auch jetzt noch ihre Intriguen spielen lassen und es dadurch verhindern, für das kommende Frühjahr eine ausreichende Bauperiode vorzubereiten, um die allgemeine Wohnungsnot wenigstens etwas zu bessern. Die Bahn muß freigelegt werden, um für die Zukunft arbeiten zu können. Heute gilt es, eine Wohnungspolitik der Tatsachen, einen realen, Berlins würdigen Städtebau, einen Städtebau der Zukunft, der zur Behebung der Wohnungsnot und zur Abkehr von aller Oberflächlichkeit führt, zu schaffen.

In einem Jahre konnten nicht einmal die vorbereiteten organisatorischen Schritte für eine zielbewusste Bauwirtschaft und für planmäßigen Städtebau getan werden.

Darum treten wir diese Furcht in die Öffentlichkeit an, weil wir uns nicht zu Mitschuldigen an den kommenden Zuständen machen dürfen, weil wir dem überwiegenden und hoffentlich verständnisvollen Teil des Magistrats die Bahn ebnen

wollen, damit die vergiftete Atmosphäre einmal gründlich gereinigt wird.

Im vollen Bewußtsein der außerordentlichen und gemeinsamen Verantwortung, die auf dem Berliner Magistrat und den Vertretern der Berliner werktätigen Bevölkerung lastet, fordern wir mit äußerster Entschiedenheit zum letzten Male in voller Öffentlichkeit, daß der Führerlosigkeit des Berliner Wohnungs- und Siedlungswesens sofort ein Ende gemacht wird.

U.F.V.-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Wohltat als Plage

Wir lesen im „Vorwärts“: Die Dänische Kinderhilfe hatte es sich auch in diesem Jahre nicht nehmen lassen, 2000 deutschen Kindern, die im Sommer in Dänemark Gastfreundschaft gefunden hatten, zu Weihnachten zu zeigen, daß ihre dänischen Freunde auch jetzt noch ihrer gedenken. Sie hatten ihnen im großen Saal der Brauerei Friedrichshain einen reichen Gabentisch aufgedeckt, und sie können gewiß sein, daß deutsche Arbeiterkinder diesen Beweis internationaler Freundlichkeit, diese praktische Erziehung im Geiste der Völkerverständigung sehr wohl zu würdigen wissen und dankbaren Herzen entgegennehmen.

Wenn wir dies feststellen, so muß um so energischer gegen die Art protestiert werden, in der die Vorstandsdamen vom Roten Kreuz, die mit der Leitung der Feier betraut waren, dieses Fest internationaler Solidarität organisiert hatten. Man weiß offenbar in diesen Kreisen immer noch nicht, daß man eine Kinderfeier nicht wie eine Rekrutenbesichtigung aufziehen darf, daß man gerade solchen Bescherungen den Charakter der Wohltätigkeitsmacherei unter allen Umständen ersparen muß. Was man aber hier sah, spottete geradezu jeder Beschreibung. Man denke: Zu einer auf 3 Uhr angelegten Feier werden Kinder aus ganz Groß-Berlin auf 11 Uhr vor den Festsaal bestellt! Mit einem komplizierten Zweifarb- und Doppellartensystem werden künstliche organisatorische Schwierigkeiten geschaffen. Kopflose Vorstandsdamen können sich des Ansturms der erwartungshungrigen Kleinen nicht erwehren und müssen um 12 Uhr gegen Kinder, die man beschenken will, eine Hundertschaft Schupo ausbieten!

Unterdessen frieren die Kleinen draußen vor den Eingängen bei 12 Grad Kälte weiter Stunde um Stunde, sitzen sie nachher ungefrühstückt bis 4 Uhr vor gedehnten Tischen. Und man läßt sie durch eine ganz unnötige Trennung von ihren Müttern so recht fühlen, daß sie zu einer „Veranstaltung“ für andere, aber nicht zu einem Fest der Kinder, geladen sind. So

Die Versammlung der

Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der U.S.P.D.

findet nicht, wie gestern veröffentlicht, am Dienstag, sondern am Montag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee, statt.

Große Funktionärkonferenz

Tagesordnung: Die Stellung der U. S. P. D. zu den neuen Steuervorlagen der Reichsregierung.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Herz.

Anschließend Diskussion. Zutritt haben alle Funktionäre und Referenten der Partei, die U. S. P. D.-Fraktionsvorstände in den Gewerkschaften und Betrieben, Betriebsräte und Betriebsobleute, Gewerkschaftsangehörige und Delegierte zur Gewerkschaftskommission. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

konnte es sogar dahin kommen, daß die allgemeine Erregung noch einen für Kindererzählungen entsehlenden Nachklang in dem Schreikampf einer Mutter fand, der mitten in die Friedenshoffnung des Weihnachtsengels während der Feier hineingelagte und zu einer Stimmungsbekümmerten Unterbrechung zwang.

Unseres Wissens lag die Leitung der gleichen Veranstaltung im Vorjahre in den Händen der Arbeiterschaft, und es ist dabei keine einzige Klage laut geworden. Hier weiß man eben, wie man solche Dinge organisatorisch anpackt und wie man sie so gestaltet, daß der Gedanke der „Wohltätigkeit“ im üblichen Sinne überhaupt nicht aufkommen kann. Die Damen vom Roten Kreuz haben beides noch nicht gelernt, und darum sollten sie so lange ihre Hände davon lassen, bis sie sich äußerlich und innerlich darauf umgestellt haben, daß die Zeiten der Wohltätigkeitsmacherei vorüber sind. Was man gestern erlebte, verfehrt den Willen der dänischen Freunde und der deutschen Arbeiterkinder, die an diesem Werke der Hilfe und der Verständigung mitgearbeitet haben, in das Gegenteil. Und das darf nicht sein. Denn Stunden der Völkerverständigung für Kinderherzen sind uns zu heilig, um sie durch ungeschickte Hände und unverständige Köpfe verhandeln zu lassen.

Verhaftung einer Räuberbande

„Der organisierte rote Schrecken“

Die Ermittlungen des Raubdezernats der Berliner Kriminalpolizei haben ergeben, daß die in der letzten Zeit ausgeführten Raubüberfälle auf Bankhäuser, Postämter und Bauerngehöfte fast ausnahmslos auf das Konto einer Räuberbande fallen, die jetzt zum größten Teil unschädlich gemacht werden konnte. Insgesamt sitzen ungefähr 30 Mitglieder hinter Schloß und Riegel.

Die ganze Bande stand unter der geistigen und persönlichen Leitung eines angeblich kommunistischen Raderedners Karl Robert Blättners, der trotz eifrigster Nachforschungen bisher noch nicht ergriffen werden konnte. Blättners bezeichnete sich selbst als Nachfolger von Max Hötz. Er ist auch, wie der „Vorwärts“ mitteilt, der Verfasser einer Broschüre „Der organisierte rote Schrecken“, „Kommunistische Parade-Armeen“, „Organisierter Bandenkampf im Bürgerkrieg“, „Propaganda der Tat!“

Als Drucker ist angegeben: „Hausdruckerei des Ministeriums für die öffentliche Unschuldigkeit, Gustav Rade Nachf.“. Die Schrift fordert zu Raubzügen und Plünderungen auf. So heißt es darin u. a.: „Proletarier, wenn Ihr keine Waffen habt, kauft Euch Stiechhölzer und steckt alles in Brand.“ Einer der Unterführer war auch der erschollene Richard Lohse, der zweifelsfrei überführt ist, an dem Raubüberfall auf das Postamt in Reglin beteiligt gewesen zu sein. Bei ihm wurden auch ein Teil der dort geraubten Postwertzeichen und einer genaue Aufstellung des ganzen Raubes vorgefunden. Die Zusammenkünfte der Mitglieder der Bande fanden in verschiedenen Lokalen Berlins statt. Die Kriminalpolizei ist jetzt bemüht, Blättners unschädlich zu machen. Es ist dies ein Mensch, der 1,55 Meter groß ist und einen kurzgedrungenen Hals hat. Gewöhnlich pflegt er eine goldene Brille zu tragen. Seine Haarfarbe wechselt er ebenso oft, wie seine Kleidung, so daß hierüber keine näheren Angaben gemacht werden können. Zweckdienliche Mitteilungen, die zu seiner Festnahme führen können, sind an das Raubdezernat, Zimmer 80, des Berliner Polizeipräsidiums, zu richten.

Die vorstehenden Mitteilungen werden von einer polizeiförmigen Nachrichtenstelle verbreitet. Ob es sich tatsächlich um kommunistische Narren oder nur um gewöhnliche Verbrecher handelt, bleibt abzuwarten. Die „Rote Fahne“ bestreitet, daß zwischen den Verhafteten und der U. S. P. D. irgendwelche Zusammenhänge bestehen, und verpflichtet für eine einwandfreie Klärung zu sorgen. Wir werden die Ergebnisse derselben mitteilen, sobald sie vorliegen.

Die Verhafteten sollen, Zeitungsmeldungen zufolge, auch mit der kommunistischen „Rote Hilfe“ in finanzieller Verbindung gestanden haben. Hierzu teilt das Zentralkomitee der „Roten Hilfe“ mit, daß es niemals in Verbindung mit irgendwelchen namentlich bezeichneten Festgenommenen gestanden hat. Das Zentralkomitee der „Roten Hilfe“ erklärt, daß es an alle prole-

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Kieß. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(44. Fortsetzung)

„Der Katoblepas! Frei nach Gustav Flaubert!“ rief Réal ohne die geringste Entrüstung. „Der Herr kennt wenigstens unsere Literatur!“

„Nur ich forschen?“ fragte Yvonne.

„Dein, nein. Es ist Ihnen eine Qual... Ich höre es Ihrer Stimme an.“

Erleichtert warf sie das Blatt fort.

„Mein Gott,“ rief er, „Sie scheinen etwas erregt zu sein.“ Er neigte sie ein wenig. „Da hat man nun die junge leidenschaftliche Patriotin! Mit keinem Wort darf man an ihr Ivol freisen!“

Er wiederholte seine Formel: „Patriotische Leidenschaft! Der Fanatiker duldet kein Wort, das dem Gegenstand seiner Leidenschaft ungünstig sein könnte...“

Dann sagte er: „Freilich, der gute Mann geht nicht sehr rüchtsvoll mit uns um. Und angenehm hört sich's gerade nicht an.“

Sie verbarste in ihrem zornigen Schweigen.

Réal fragte: „Sie sind mir wohl recht böse, daß ich Ihnen gerade diesen Artikel gegeben habe?“

Sie hob ein wenig die Achseln, wie um zu verneinen.

Er beharrte:

„Sie hätten doch aufhören können, wenn er Ihnen so sehr mißfallen hat.“

Sie erwiderte trocken:

„Ich habe an meiner Arbeit keine Kritik zu üben, sondern sie einfach auszuführen.“

Sie dauerte ihn mit ihrem Aerger über diese beleidigenden Erregungen. Warum sollte er die Kleine noch reizen?

Er trat zu ihr und sprach sehr freundlich: „Hören Sie, Kindchen, ich habe Sie mit diesen Uebersetzungen geärgert. Verzeihen Sie mir. Und beweisen Sie mir, daß Sie wieder bei guter Laune sind. Antworten Sie mir, ich schulde Ihnen ein kleines Schmerzensgeld. Was würde Ihnen Freude machen?“

Er sah sie so freundlich an, daß jeder Groll in ihr verstummt.

„Was mir Freude machen würde? Wenn Sie sich gegen eine solche Behandlung Frankreichs auslehnen würden.“ Sie schalt ihn mit einem Lächeln der Veröhnung.

„Ich weiß nicht,“ fuhr sie fort, „was an den Ausführungen dieses Menschen richtig ist, aber ich bin sicher, daß er nie bei uns war. Er hätte schon die Nase aus seinen Schmelzern herausstrecken müssen. Man findet die Wahrheit über Frankreich nicht in der Statistik. Die Wahrheit kann man nicht beweisen, man muß sie fühlen. Bei einem Spaziergang durch die Straßen von Paris hätte Ihr Boche mehr gelernt als an drei Tagen auf der Bibliothek.“

Da hatte Réal einen Einfall.

„Wollen Sie einmal mit mir spazieren gehen?“

Sie meinte zögernd:

„Nun... warum nicht?“

Er blickte durchs Fenster nach dem Wetter, den Sonnenbestrahlten Häusern.

„Wollen wir heute nachmittag...?“

Sie warf ein:

„Und Ihre Arbeit? Uebrigens ist es auch nicht sehr passend.“

„Haben Sie Angst vor mir?“

„Sie scherzen wohl?... Aber Ihre Frau Gemahlin... und die Leute?“

„Meine Frau rührt sich heute nicht von hier fort. Sie hat Empfangstag. Und um Schwächer kümmerere ich mich nicht mehr. Ich bin bestrebt, mich anständig aufzuführen. Das ist die Hauptsache...“

„Also gut. Wo treffen wir uns?“

„Fünf Uhr vor der Madeleinekirche.“

„Abgemacht.“

Sie trafen einander, vergnügt wie Schüler in den Ferien.

„Und wohin spazieren wir, Fräulein Professor des Patriotismus?“

„Ueber die Boulevards, über die Kais, wie es gerade kommt.“

„Sehr schön. Oder wollen wir einen Taxameter nehmen und weiter hinaus fahren?“

Sie willigte zögernd ein.

Seite an Seite saßen sie auf dem Bänkehen. Réal vermied jede Verührung, um das junge Mädchen nicht zu erschrecken. Er beobachtete in dem länglichen Spiegel, der ihnen gegenüber hing, heimlich Yvonne's Gesicht. Wie fein war der Bogen ihrer Brauen! Wie herrlich war ihre duftige Haut, ohne Falte, ohne Flecken!

„Stört Sie das offene Fenster nicht?“

„Nein!“

Sie bot ihr Gesicht den rauhen Tiefstößen der Luft, die ihre schmiegsamen Lippen kusste. Sie lächelte. Ihre glatten toten Lippen standen halb offen.

„Sie ist entzückend!“ gestand sich Réal.

Nüchlich dachte er mit Betrübnis an seine „arme Melanie“. Er sah den Umriss seiner Frau vor sich, den plumpen Hals, die kleinen Augen, die runde Nase, die massige Wülste. Neben diesem blühenden Leib erschien ihm die vierzigjährige Gattin geradezu unförmig.

Beim Luxemburgpark hielt die Droschke. Sie stiegen aus. Réal freute sich auf den schattigen Garten. Yvonne zeigte ihm das Partheon.

„Dort liegen Hugo und Voltaire. Unseren Export kann man herabsehen. Ich glaube, diesen Ruhm Frankreichs wird man schwer betraffen können.“

Sie sagte das bescheiden, beinahe schüchtern, wie um sich für die großen Worte zu entschuldigen. Réal gefiel diese Zurückhaltung.

Sie fuhr fort:

„Eins verstehe ich nicht. Wie kann ein Schriftsteller wie Sie nicht fühlen, daß die Geisteswerke, die bei uns entstanden sind, anderswo nicht geschaffen werden konnten? Darin drückt sich doch wohl etwas Persönliches aus. Und es ist doch natürlich, daß dieses Persönliche leben, wachsen und im Notfall sich verteidigen muß.“

Er erwiderte:

„Ich bewundere Fragonard, Leonards, Dürer, Taine, Leibniz, Darwin gleich stark, wenn auch aus verschiedenen Gründen.“

„Aber doch nicht in derselben Weise. Nehmen Sie die großen Genies der fremden Völker. Wenn wir aufrichtig sind, wenn wir nicht ein schrankenloses Verständnis vorläuschen wollen, müssen wir gestehen, daß Goethe uns zu reich und nicht klar genug ist, daß uns Shakespeare düster und bisweilen wild erscheint, daß Tolstoi russische Verwilderheiten aufweist und allzu oft predigt, daß Ibsen uns zu abschweifig ist, der prächtige Kipling uns durch seine verworrenen Wunderlichkeiten abstößt, daß wir über d'Annunzio bisweilen lächeln und bisweilen gähnen, daß Wagner uns wie ein Gewitter vorkommt. Immer finden wir etwas, das nicht stimmen will. Diese Lücke füllt unseren Genuß. Für uns bleibt selbst an den fesselndsten Stellen etwas übrig, was wir nicht verarbeiten können. Wir lächeln, sei es aus Anteil, aus Neugier, auch wohl aus Ergriffenheit. Es ist doch immer nur wie das Vergnügen aus einer Reise. Aber ein Buch von Anatole France oder Flaubert, ein Buch, bei dem man leichter atmet, in dem alles klappt, alles klar, alles vollkommen ist, das kann nur von einem der Unseren sein. Seien Sie aufrichtig! Stimmt's?“

(Fortsetzung folgt.)

tarischen Organisationen Einladungen hat ergeben lassen zwecks Revision der Rassen der „Roten Hilfe“.

Das kommunale Bezirkssekretariat Reinholdsdorf-Ost teilt ebenfalls mit, in keinen Beziehungen zu den namentlich genannten Festgenommenen gestanden zu haben.

Die juristische Sprechstunde findet werktäglich — mit Ausnahme von Sonnabend — des Nachmittags von 3 bis 7 Uhr statt.

Neue Plünderungen. Am gestrigen Freitag mittag fanden wiederum in der Linien- und Gollnowstraße Plünderungen durch junge Burschen und Mädchen statt. In Trupps von 50—200 Personen erschienen sie vor den Geschäften, zertrümmerten die Schaufensterscheiben und räumten die Auslagen aus. Der erste Fall ereignete sich um 1 Uhr in der Gollnowstraße 34, wo ein Trupp von 200 Personen vor dem Geschäft von Frick erschien, die Schaufensterscheibe einschlug und für 50 000 Mark Waren entwendete. Um 1.15 Uhr bewegte sich ein Zug von 50—70 Personen durch die Linienstraße. Dort schlugen die Demonstranten im Hause Nr. 51 die Schaufensterscheibe des Konfektions- und Wäschegeschäftes von Amier ein und raubten daraus Bettwäsche und fertige Herrengarderobe. Zu derselben Zeit kamen etwa 50 junge Männer und Mädchen vom Arbeitsnachweis in der Gormannstraße und bogen in die Gipsstraße ein. Hier nahmen sie die vor dem Geschäft von Koaf ausgehängten Kleidungsstücke im Werte von 2000—3000 M. mit. Der sofort eingetroffene Schupo gelang es, sechs der Plünderer zu fassen und ihnen einen Teil der Beute abzunehmen. 30 Personen plünderten in der Linienstraße 12 das Konfektionsgeschäft von Moser Bier, wo sie verschiedene Mäntel und Herrenanzüge stahlen. Bei Herannahen der Polizei entflohen sie in die Richtung Rosenhäger Straße. Ein weiterer Haufe zerstückte die Schaufenster- und Türscheiben des Trödlergeschäftes von Piepersberg, Linienstraße 238, und die Auslage des Konfektionsgeschäftes von Bok in derselben Straße Nr. 7—8, wo sie einige Herrengarderobe raubten.

Ein vier Monate andauernder Schulstreik erfolgreich beendet. Der Schulstreik in Spandau, der seit Mitte August von etwa 1000 Eltern der freien Schulgemeinschaft wegen der Einführung der weltlichen Schule durchgeführt worden ist, hat jetzt seine Beilegung gefunden. Die Elternschaft der freien Schule hat beschlossen, von heute ab ihre Kinder wieder in die Schule zu schicken, da ab 4. Januar 1922 zwei weltliche Schulen in Spandau mit Genehmigung des Ministers eingerichtet werden.

Verloren. Auf dem Wege vom Köpferer Platz nach der Strausberger Straße sind in einem blauen Briefumschlag mit der Aufschrift „Teltower Kreisbahn“ Arbeitslohnkarten für Weihnachten und 300 Mark bares Geld, zusammen 700 Mark, verlorengegangen (Adresse: Betriebsobmann Großmann von der Berliner Strohfabrik, Oberleitung Bauabteilung, Markussir. 7, Privatadresse: Strausberger Str. 41).

Bermittelte Lokomotiven. Im Dezember und Januar ist der Botanische Garten für das Publikum Sonntags von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags und wochentags von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags geöffnet. — Die 8. Brotkommission, Genhiner Str. 4, wird am 20. nach Derflingerstr. 18a verlegt und dort mit der 9. Brotkommission vereinigt. — Das Bureau der Bezirksversammlung (Kreuzberg), befindet sich im Verwaltungsgebäude des Bezirksamts Kreuzberg, Berlin SW. 47, Poststr. 10. III. Aufgang, part. rechts (Telephon: Kollendorf 4033/34, 4036/37, 2943, Tag. 632/33).

Jugendbewegung

Soz. Arbeiterjugend Ober-Hilfswerte. Sonnabend, den 17. Dezember, abends 7½ Uhr, findet im Jugendheim, Oberhilfswerte, Poststr. 2, die erste Zusammenkunft der Soz. Arbeiterjugend statt. Alle Jugendlichen werden hierdurch eingeladen. Ebenso werden alle Eltern gebeten, sowohl ihre eigenen als ebenfalls jugendliche auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Mittelsport-Ges. u. B. Waldlauf in der Röhligstraße am 18. Dezember, vormittags, in drei Klassen für Sprinter, Stützläufer und Läufer. Treffpunkt und Umkleelokal: Red. Wolff, Baumhauenseen, Baumhauenseen. 18. Dezember in der 9.50 Uhr, Start 10 Uhr. — Internes Weihnachtsfest am 20. Dezember in der „Neuen Hilfswerte“, Köpferer Str. 64. — Weihnachtsversammlung am Freitag, den 8. Januar, im Restaurant „Zur Klause“, Köpferer Straße 82. Bitte zu den Trainingsveranstaltungen willkommen. Geschäftsstelle: C. Sippel, Kollendorfstr. 81.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Funktionärskonferenz findet nicht am Dienstag, den 7. Dezember, in den Sophienhöfen, sondern am Montag, den 19. Dezember in der Brauerei Königshagen, Schönhauser Allee, Rat. Die Geschäftsstelle.

5. Verwaltungsaussch. 15., 16., 17. Mitt. Zum Anschluss „Der deutsche Volkstisch“, veranstaltet von der Deputation für Bildungswesen in der Aula Kollendorf, 78. und nach Mittags in der Abendstunde zu haben.

18. Mitt. (Kreuzberg). Der Weihnachtsbühnenfest findet in der Operntheater, Kollendorfstr. 81, statt. Um jährlichen Besuch wird gebeten.

Sonnabend, 17. Dezember

1. Verwaltungsaussch. (Berl. Mitt.). Abends 6 Uhr Treffpunkt in der Kollendorf, an der Ostallee Brücke 6. Die kommunalen Obleute sind dazu eingeladen.

5. Mitt. Abends 7½ Uhr Flugblattverteilung von Strejke, Kollendorfstr. 23.

Kollendorf-Ges. Alle jugendlichen Elternbeiräte und Eltern mit ihren Kindern heute abends die Ausstellung der Jugendhilfe besuchen. Im Sonntag nachmittags 7 Uhr Treffpunkt auf dem Tempelhofer Feld, zur Vertretung der Schulliteratur.

Sonntag, 18. Dezember

5. Verwaltungsaussch. 15., 16., 17. Mitt. Männer-Chor U. S. V. Treffpunkt 4 Uhr nachm. Schulaula Petersburger Str. 4. Mäntelchen Erhalten notwendig.

15. Verwaltungsaussch. Abteilung Kollendorf. Nachm. 5 Uhr im Lokal von Einleben, Kollendorfstr. 6. große Weihnachtsfeier. Märchenvorstellung — geselliges Beisammensein. Eintrittskarten bei den Bezirksführern und beim Gew. Kollendorf. Jeder Besuch aller Genossen und Genossinnen mit ihren Familien wird erwartet.

8. Mitt. Form. 10 Uhr Verhandlung bei Krüger, Poststr. 10.

15. Mitt. Form. 14.30 Uhr Verhandlung bei Franz Berrich, Fetschenstraße 18. Die Genossen, welche beim Versicherungsbeitrag mitgewirkt haben, wollen nach Möglichkeit ebenfalls erscheinen.

Charlottenburg. Weihnachtsfeier. Die an der Kollendorf mitwirkenden Kinder müssen vorm. 9½ Uhr bei Müller, Fetschenstr. 12, sein.

Gesetzl. Die Genossen, welche an der öffentlichen Versammlung in Mühlentisch teilgenommen wollen, treffen sich mittags 12 Uhr bei Müller, Fetschenstr. 12, 50 Uhr vom Bahnhof Kollendorf.

Weseler. Kinderklub und Bildungsaussch. Form. 10 Uhr gemeinsame Besprechung bei der Genossin Haus, Götterstr. 7.

Montag, 19. Dezember

Spandau. Abends 7½ Uhr Treffpunkt mit der kommunalen Kommission im Zimmer 364.

Bereinskalender

Sonntag, 18. Dezember

Mitglieder Berlin-Witten u. B. Form. 10 Uhr Vorstandssammlung gegen die neuen Schiedsrichtersprüche in der Schulaula Kollendorf.

Privat- oder Staatsbetrieb?

Die Bedeutung der Eisenbahnwerkstätte

In der Hauptwerkstatt Tempelhof

R. R. Die Eisenbahnen stehen jetzt im Vordergrund des öffentlichen Interesses, dank der Forderungen der Stinnesleute, die diesen ungeheuren Apparat in privaten Besitz überführen wollen, angeblich, um die Bahnen rentabel zu gestalten. Es entsteht daher die Frage, ob der Privatbetrieb dem Staatsbetrieb der Eisenbahn vorzuziehen ist. Wohl aus diesen Erwägungen hat der Eisenbahnpräsident Ruff die Presse zu einer Besichtigung der Hauptreparaturwerkstätte in Tempelhof eingeladen.

Von den 6 Eisenbahnwerkstätten des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin ist die Hauptwerkstätte in Tempelhof die größte. Sie ist in der Lage, alle Reparaturen an allen Typen von Wagen und Lokomotiven auszuführen. Ein Teil der Bauarbeiten stammt noch aus dem Jahre 1878 und wurde damals als Werkstatt der Berlin-Anhalter Eisenbahn-Gesellschaft eröffnet. Auf einer Fläche von etwa 180 000 Quadratmetern erheben sich die zahlreichen Gebäude. Die Belegschaft des Betriebes umfasst ca. 3000 Arbeiter aller Berufe, 100 Beamte und etwa 200 Lehrlinge. Die Leistungsfähigkeit beträgt an Instandsetzungen im Jahre 400 Lokomotiven, 5000 Personenwagen und 14 000 Frachtwaggons. Daneben werden die neu von Privatwerken gelieferten Lokomotiven geprüft und übernommen, etwa 200 im Jahr; eine eigene Eisengießerei erzeugt 2500 Tonnen Eisenguss — Kesselschalen und Bremsklötze, deren Verbrauch sehr groß ist —, eine eigene Feilenhauerei erzeugt jährlich 105 000 Kubikmeter Sauerstoff, der für das autogene Schweißen und Schneidverfahren verwendet wird, die Autos der Eisenbahnverwaltung werden repariert, und viele andere Arbeitsleistungen werden vollbracht.

Das Lohnbudget beträgt etwa 70 Millionen Mark jährlich. Der ganze Betrieb ist elektrisch und bezieht seinen Strom vom Kraftwerk Süd. Etwa 435 Elektromotoren aller Größen legen das große Räderwerk in Gang.

Mit diesen wenigen Zahlenangaben wollen wir uns begnügen. Wichtiger und interessanter sind betriebstechnische Fragen, das Zusammenarbeiten der Belegschaft und ihrer Vertretung mit der Verwaltung, die gewerkschaftliche Zugehörigkeit der Arbeiter, die Rentabilität der Werke. Es fiel angenehm auf, daß man die Vertreter der Arbeiter- und Beamtenchaft zu dieser Besichtigung heranzog. Von der Verwaltung wurde auch erklärt, daß man mit dem Betriebs- und Beamtenrat gut zusammenarbeite. Die Arbeiterschaft, die sich aus gelernten und ungelernten Arbeitern aus fast allen Berufen zusammensetzt, gehört fast reiflos dem Deutschen Eisenbahner-Verband an. Auch ein großer Teil der Eisenbahnbeamten (über 60 000) ist dieser Organisation angeschlossen. Die bei der Eisenbahn arbeitenden Arbeiter und Beamten halten es für vorteilhafter, einer gemeinsamen Gewerkschaft anzugehören, um eine geschlossene Interessenvertretung zu haben.

Um für genügenden sachlichen Nachwuchs zu sorgen, aus denen Wagenkontrollanten, Lokomotivführer usw. hervorgehen, wird eine Lehrabteilung mit eigener Werkstatte unterhalten. Zwei Jahre bleibt der Lehrling in der ersten Abteilung und wird für den Rest der Lehrzeit, die vier Jahre beträgt, den übrigen Werkabteilungen überwiesen. Ein Lehrmeister mit einer im embryonalen Zustand sich befindenden Bibliothek steht den in der Nähe wohnenden Lehrlingen zur Verfügung.

Die Folgen der Herrschaft von Breitenbachs, des kaiserlichen Verkehrsministers, sind heute noch nicht behoben. Rücksichtslos ließ er sämtliche Edelmetalle, Kupfer und Messing vor allem, aus dem Verkehrspark, besonders den Lokomotiven, herausreißen, um dieses Material für Munition zur Verfügung zu stellen. Dieser skandalöse Mißbrauch ruinierte das rollende Material vollständig, die Wiedergutmachung kostet Millionen über Millionen. Auf den Höfen sahen wir keine Berge von Altmaterial, herausgerissene Platten usw., an deren Stelle jetzt noch immer Kupferplatten, Strohboxen aus Kupfer usw. eingebaut werden müssen. In der Kesselschmelze werden alle Kessel der Lokomotiven dieser Erneuerung unterworfen. Doch diese gewaltige Arbeit auf die Rentabilität der Bahnen ungünstig wirkt, ist klar, trotzdem die Arbeiter und Angestellten im Durchschnitt ein geringeres Einkommen haben, als die in der Privatindustrie Tätigen, die Arbeitsleistungen der Belegschaft sind aber die nämlichen wie in der Privatindustrie. Hinzu kommt, daß der Reparaturzustand der Lokomotiven von heute dem des Vorkriegszustandes sehr nahe kommt, trotzdem durch das Herabmischen des Fahrplans und dadurch bedingte größere Rekonstruktionen jede einzelne Reparatur gegen früher mehr Arbeit erfordert. Die Verwaltung bemüht sich, durch wissenschaftliche Betriebsmethoden die Leistungen zu heben, um die Rentabilität zu steigern.

Die Besichtigung bot aber dem geschulten Auge doch wesentliche Mängel dar. Die ganze Werkanlage ist unsystematisch, zum Teil total veraltet, gestört und zusammengestürzt. Eine moderne, wissenschaftliche Betriebsweise muß zur Voraussetzung einen technisch vollendeten Betrieb haben, der hier nicht vorhanden ist. Das Materialdepot ist von den Werkstätten sehr weit entfernt, die Gießerei hat wohl moderne Ofen, ist aber beengend eng, die Ventilation ungenügend und die Arbeit beim Gießen dadurch unnötig gefährdet. In der Schmelze sieht ganz frei auf Böden aufgebaut, ohne Ummauerung, ein alter Dampfkessel, der die Kraft für die Dampfhammer liefert. Wir möchten die Gewerkschaften auf diese eigenartige und gefährliche Aufstellung eines Dampfkessels aufmerksam machen. Hinzu kommt, daß man jahraus, jahrein den Abdampf dieser ominösen Anlage in die Luft puffen läßt, ein Energieverlust, der in stark umgerechnet, einen Verlust von Hunderttausenden bedeutet. Die Verwaltung täte gut, die Vorschläge des Personals in dieser Beziehung zu beachten. Ebenso ist die elektrische Schweißerei eine erheblich Arbeitsstätte. Obwohl sie erst vor nicht langer Zeit errichtet ist, so ist sie doch viel zu klein und soll nun wieder notdürftig vergrößert werden. Vorne

haben die Arbeiter die starke Hitze des offenen Glutfensters vor sich, im Rücken verspüren sie die Kälte, die aus den offenen Fenstern hereinströmt. Die Arbeit darin kommt einer Menschenverwüstung gleich und ist das Gegenteil einer wissenschaftlichen Arbeitsweise.

Unter freiem Himmel haben wir sehr viel neues Material ganz verrostet liegen sehen, das dadurch entwertet wird. Angeblich soll ein hoher Dachstuhl zu teuer sein.

Das sind nur einige der Feststellungen, die die flüchtige Besichtigung zu machen gestattete. Wenn trotzdem die Belegschaft so achtunggebietende Leistungen vollbringt, so ist das die beste Widerlegung des bürgerlichen Geredes von dem Nichtarbeitenwollen und der Minderung der Leistungsfähigkeit durch den Achtstundentag. Wir wünschten nur, daß die Verwaltungen elastischer arbeiten und den Ratschlägen der Arbeiter und Angestellten, an denen es nicht fehlt in größerem Maße folgen möchten! Die Arbeitsfreude, die Leistungen und die Rentabilität würden nur noch gesteigert werden. Es ist erwiesen, daß die Eisenbahnwerkstätten erheblich billiger und ebenbürtig wie die Privatwerke arbeiten. Würde in den oberen Verwaltungen und im Ministerium weniger juristischer und dafür aber mehr technischer Geist herrschen, so könnte man auch eine andere Tarifpolitik betreiben. In der Arbeiterschaft der Eisenbahnen finden die Verwaltungen durchaus willige Helfer und Mitarbeiter.

Die bürgerliche Presse täte gut, zu solchen Besichtigungen keine landläufigen Reporter, sondern Vertreter zu senden, die eine sachliche Eignung zur Beurteilung mitbringen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn in einzelnen Blättern von „märchenhaften“ Einrichtungen dieses Werkes gesprochen wird und ein anderer Schmod dichtet, die Baderichtungen entsprächen allen Anforderungen! Es soll hier festgestellt werden, daß wir die Arbeiter aus nahegelegenen Gründen überhaupt nicht zu sehen bekommen, denn diese sind unzufänglich — nur etwa 16 Personen können Boden — und sollen sich in einem sehr dürftigen Zustand befinden.

Streik der Kutscher der Zentralmorkhalle

Kutscher als Solidarität

Der Transportarbeiter-Verband teilt mit. Die in den Betrieben des Vereins der Kutscher für Lebensmittel der Zentralmorkhalle: Felix Gullde, Johann Ott, Franz Goldsch, Gustav Marks, Hermann Reiman, Georg Rademeyer, Fink u. Schulz, Gustav Weibel, Ernst Korbrich und Willi Rudemann tätigen Kutscher befinden sich seit dem 15. Dezember d. J. in einem Streik. Veranlassung zu dem Streik ist die Anerkennung eines vom Schiedsrichterausschuss Groß-Berlin gefällten Schiedsspruches, wonach die Kutscher verpflichtet sind, den Tarifvertrag für das Lastfuhrwerksgewerbe zu erfüllen.

Die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab und erklärten, daß sie nicht gewillt sind, mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband in ein Tarifvertragsverhältnis einzugehen. Sie verlangten von ihren Arbeitnehmern die Unterschrift eines Repertes, wonach diese sich verpflichten sollten, für einen Lohn von 425 M. nebst einer Pauschalvergütung für geleistete Überarbeit von 25 M. pro Woche zu arbeiten, was die Arbeitnehmer ablehnten. Die Arbeitszeit in diesen Betrieben ist unbeschränkt; die Unternehmer lehnen sich nicht an den gesetzlichen Achtstundentag. In der Regel wird eine Arbeitsleistung von täglich 12 bis 16 Stunden verlangt. Gegen diese übermäßige Arbeitszeit und die hier in Frage kommende niedrige Entlohnung, zumal da jede Bezahlung von Überstunden von den Arbeitgebern strikte verweigert wird, wandten sich die Arbeitnehmer und traten in den Streik.

Bei den Firmen Rademeyer, Fink & Schulz, Weibel, Korbrich und Rudemann arbeiten Streikbrecher. Die Firma Wilhelm Ruitig hat die Forderungen bewilligt.

Wir bitten alle Arbeiter, die Kollegen in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen, Solidarität zu üben und jede Streikarbeit zu verweigern, insbesondere die Kollegen Kollendorf, da die Unternehmer auch Lohngepläne für die Speditionsbetriebe stellen.

Telegraphenarbeiter und Reichsregierung

Drohender Proteststreik

Die am 15. Dezember stattgehabene Funktionärerversammlung der Telegraphenarbeiter Groß-Berlins beschäftigte sich mit der Antwort des Reichsfinanzministers auf die von den Spitzenorganisationen gestellten Lohnforderungen. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die versammelten Funktionäre der Telegraphenarbeiter Groß-Berlins sind über die Antwort der Reichsregierung, die in so krasser Form gehalten ist, erbittert und betrachten die Antwort als einen Schlag ins Gesicht der Arbeiterschaft. Bei nochmaliger Ablehnung der Verhandlungen durch die Reichsregierung treten die Telegraphenarbeiter Groß-Berlins in einen Proteststreik, der die Regierung zwingt, sofort in Verhandlungen einzutreten. Sie verpflichten die Verhandlungskommission, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und auf dem schnellsten Wege die Kollegenchaft in den Genuss eines angemessenen Vorlaufes zu bringen. Die Funktionäre verlangen bis spätestens Sonnabend, den 17. Dezember 1921, Bericht über den Verlauf der Verhandlungen.“

Arbeiter, Annerkennung!

Doch euren Bedarf an guten Büchern und Spielen für erwachsene Jugendliche und Kinder, künstlerischem Wanderschmuck in der Weihnachtsausstellung der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 24. Verkaufszeit täglich von 10 bis 7 Uhr abends.

Solarteilhaber, Mitglieder, welche mindestens drei Monate erwerbslos sind, melden sich auf unserem Bureau, Runaststraße 30, Zimmer 5, zur Entgegennahme von Gutscheiden, Mitalledbuch und Arbeitslosenkarte mitzubringen. — Die Ortsverwaltung Chemische Industrie! Die von den Funktionären der chemischen Industrie beschlossene Abstimmung zum Schiedsspruch ergab eine Mehrheit für den Schiedsspruch. — Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.



Wie er sich beeilt!

Kein Wunder:
nichts macht den Abteilungsvorsteher so nervös, wie wenn er auf sie warten soll. Ohne die guten Massary-Zigaretten kann er nicht arbeiten. **Massary-Royal 70.8**

Reichstag und Ausnahmeverordnung

Die Aufhebung beschlossen

Präsident Ebert eröffnete die Sitzung des Reichstages 3 Uhr 15 Min.

Kleine Anfragen.

Abg. Kunert (U.S.P.) fragt, ob die Regierung bereit ist, die Höhe der Preise für Kartoffeln herabzudrücken und das Brennen von Kartoffeln zu Spiritus bei hoher Strafe zu verbieten. Die Regierung antwortet, es würden dringliche Ausschüsse zur Ermittlung angemessener Preise gebildet werden, in denen alle drei Gruppen beteiligt sein sollen. Die Feststellungen dieser Ausschüsse sollen den Strafverfolgungsbehörden als Richtschnur dienen. Man habe den Preis für Spiritus absichtlich so bemessen, daß die Verarbeitung von Kartoffeln sich nicht so leicht rentiere. Ein völliges Verbot der Kartoffelverwertung empfehle sich nicht.

Abg. Kunert (U.S.P.) zur Ergänzung: Ist die Reichsregierung bereit, angesichts gewisser kulturwidriger Zustände die amtliche Genehmigung für Alkoholausfuhr zu verweigern? Eine Antwort erfolgt nicht.

Abg. Kunert (U.S.P.) fragt ferner, ob die Reichsregierung bereit sei, das Branntweinmonopolgesetz dahin abzuändern, daß die aus den Erträgen des Branntweinmonopols aufzubringende Summe von 4 Millionen zur Bekämpfung des Alkoholismus, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten für den dreifachen Zweck auf das Dreifache erhöht wird? Ein Regierungsvertreter: In dem neuen Entwurf über das Branntweinmonopolgesetz, das jetzt im Ausschuss beraten wird, ist ein Beitrag von 6 Millionen Mark vorgeseh.

Abg. Kunert (U.S.P.) zur Ergänzung: Ist die Reichsregierung bereit, die Vergabe von Wohnräumen für Zwecke des Alkoholausfuhrs wegen der Wohnungsnot zu verbieten? Eine Antwort wird nicht gegeben.

Abg. Kunert (U.S.P.): In Amerika ist durch das Alkoholverbot ein allgemeines Sinken der Sterblichkeitsziffern, der Sterbefälle durch Lungentuberkulose sowie der Nierenentzündungen, Rückgang von Syphilis und Tripper, Verminderung der Selbstmorde eingetreten. Ist die Regierung bereit, den Gesetzentwurf für ein Alkoholverbot vorzulegen? Ein Regierungsvertreter: Die Regierung legt Wert darauf, einwandfreies amtliches Material über die Wirkung des Alkoholverbots in Amerika zu erlangen. Die erforderlichen Schritte sind bereits unternommen. Welche Schlussfolgerungen sich daraus ergeben, wird sorgfältig geprüft werden.

Nach Verabschiedung der kleinen Entwürfe betreffend Verwertung von Militärgerät und Auflegung eines Prämienreservfonds für Privatversicherungsunternehmen wird in die Beratung des Berichts des Ausschusses über die

Aufhebung der Ausnahmeverordnung

Abg. Gradnauer (Soz.): Wir sind der Meinung, daß nunmehr die Aufhebung der Verordnung konstatieren gehen kann. Sie ist allerdings keine hochpolitische Aktion. Sie ist nur eine untergeordnete Forderung. Damals, nach der Ermordung Erzbergs war die Verordnung eine Staatsnotwendigkeit. Die Entwicklung der Dinge hat die Verordnung außerordentlich an Bedeutung verlieren lassen. Es liegt uns ganz fern, Bayern irgendwelche Heilungen zu wollen. Aber wir können auch nichts erblicken, was für Bayern ohne Ausnahmeverordnung, unerträglich wäre. Es geht auch dort ohne Ausnahmezustand. (Beifall.)

Es geht ein Antrag Strejmann (D. Volksp.) ein, die Verordnung erst mit dem 31. Januar 1922 außer Kraft treten zu lassen.

Ein bayerischer Regierungsvertreter: Die bayerische Regierung hält den Zeitpunkt noch nicht für gekommen. Sie kann sich mit der Aufhebung der Verordnung durchaus noch nicht einverstanden erklären.

Abg. Graefe (Dn.): Den Rechtssozialisten sind die Tröden offenbar zu teuer geworden. Wenn sie noch heute eine Möglichkeit für die Aufrechterhaltung der Forderung im Reichstage finden könnten, würden sie auch heute noch dafür sein. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir aber wollen den Rechtsboden wieder unter die Füße bekommen. Der Regierung kommt es auf weiter nichts an, als die unbehagliche deutschnationale Opposition matt zu legen. Solange von der Linken die Mitglieder der kaiserlichen Familie mit Schimpfworten besetzt werden, solange hat man keinen Grund, wenn ein Unbedachter aus unseren Reihen über die Schnur haut. Solange Sie (nach links) Ludendorff als Massenmörder bezeichnen, solange brauchen Sie sich nicht zu wundern, daß mein Parteifreund Hergt von der Regierung als von einer Regierung von Gläubigern gepöbeln hat. Was Bayern anbetrifft, so sind wir der Meinung, daß die Aufhebung der Verordnung Bayern völlig freie Handlungsfreiheit läßt. (Lebhafte Beifall bei der Reden.)

Abg. Kahl (D. Vp.): Die Verordnung ist durchaus verfassungsmäßig. Aber eine Ausnahmeverordnung kann immer nur für einen vorübergehenden Zeitraum gelten. Wir wollen, daß die Verordnung bis 31. Januar bestehen bleibt und bis dahin die ganze Materie geregelt wird. Sie haben aber auch gesehen, daß für die Weihnachtzeit kommunizistische Putsche in Aus-

sicht genommen sind. Ganz besonders liegen die Gefahren in Bayern.

Abg. Dr. Rosenfeld (USP.):

Nicht eine Verordnung, sondern ein Gesetz ist zum Schutze der Republik notwendig. Der wirkliche Schatz der Republik kann freilich nur durch den Willen der Bevölkerung entstehen. Wenn die republikanische Arbeiterschaft in Deutschland tonangebend ist, dann, und nur dann, wird die Republik durch diese Macht wirklich gesichert sein. Derjenige, der heute hier als erster gegen die Verordnung auftrat, war doch der Vater dieser Verordnung. Heute schien Gradnauer viel mehr mit seinem Herz n dabei zu sein, als er für die Aufhebung dieser Verordnung sprach. Unsere Kritik ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Ich freue mich, daß Gradnauer heute alles das ausgeführt hat, was wir schon vor Monaten dargestellt haben. Außer den grundsätzlichen Bedenken finden wir noch weitere in dem Wortlaut der Verordnung. Der deutschnationale Abg. Graefe hat sich über die Handhabung der Verordnung beschwert. Es war bezeichnend, daß er nicht in der Lage war, wirkliche Mißgriffe in der Handhabung der Verordnung gegen rechts zu beweisen. Mit ganz anderer Schärfe gehen die Behörden mit der Verordnung gegen links vor. Ich verweise auf das Zeitungsverbot des „Kampf“ in München, auf das unferes Parteivorstands in Losenjalla. Man hat sich für berechtigt gehalten, unserer Zeitung in Losenjalla eine Verwarnung zu geben. Warum? Sie brachte das amtliche Ergebnis der Sondergerichtsurteile mit der Ueberschrift: „Nachprüfung der Schwaburgerurteile.“

Der Verhalten des Abg. Graefe als Bekämpfer des Ausnahmezustandes war sehr merkwürdig. Die Anwendung der Ausnahmeverordnung gegen rechts bekämpft er, aber gegen ihre Anwendung nach links hat er durchaus nichts einzuwenden. Die Deutsche Volkspartei ist heute nicht ganz so weit gegangen. Sie will zwar prinzipiell auch die Ausnahmeverordnung abschaffen. Die Volksparteiler haben aber sich leider nicht geäußert, wie sie jetzt zur Monarchie theoretisch und praktisch stehen! Die Rechtssozialisten haben sich bereit erklärt, mit fünf unfern Antrag zu stimmen. Wenn Gradnauer sagte, die Einführung der Verordnung sei eine Staatsnotwendigkeit gewesen, so vermiße ich jede Begründung. Wir wollen aber nicht allzu sehr über die Vergangenheit richten, sondern dadurch, daß sie jetzt mit uns stimmen, haben sie bis zu einem gewissen Grade Anspruch auf Verzeihung. Graefe sagte, daß die bayerische Regierung es in der Hand habe, aus sich heraus gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung Ausnahmeverordnungen zu erlassen. Das möchte ich ganz entschieden bestritten. Vielleicht ist ein Schein von Recht da, aber wenn die Aufhebung dieser Verordnung durch das Reich dazu führen sollte, daß Bayern auf eigene Faust eine solche Verordnung erläßt, dann wäre das allerdings die schärfste Provokation des Reiches. Und wenn Gradnauer in Bezug auf Bayern sehr verständig und freundschaftlich gesprochen hat, so möchte ich ihm nur sagen: „So richtig man nicht mit Bayern damit kommt man nicht weiter.“ (Gelächter rechts.) Und wenn der bayerische Regierungsvertreter hier von einem Vertrauensverhältnis zwischen Bayern und dem Reich gesprochen hat, das man nicht trüben dürfe, so weiß ich nicht, wie das mit seinen Ausführungen im Ausschuss übereinstimmt. Wie sehr er da geneigt, Konzeptionen an das Reich zu machen, um dieses Vertrauensverhältnis zu befestigen! Da haben Sie uns so bereitwillig die Tore der bayerischen Festungsaufklärung Niederschönenfeld geöffnet! Sie hätten mit diesem Vertrauensverhältnis anfangen müssen! Wenn die Ausnahmeverordnung aufgehoben ist, die Massen des deutschen Volkes von der reaktionären Staatsverfassung erfüllt sind, wenn die Arbeiterkraft tonangebend ist, dann endlich wird die Republik gefährdet sein. Das deutsche Volk muß offen und deutlich zur Republik stehen und endlich erleben, daß der Monarchie ein für allemal ein Ende bereitet ist und muß mit allen Kräften für die Republik eintreten! (Lebhafte Beifall bei den U.S.)

Abg. Haas (Dem.): Meine Parteifreunde werden die Aufhebungsanträge nicht annehmen. Wir halten diese Verordnung für notwendig, wie das die Regierung tut.

Abg. Reich (R. Vp.): Die Verordnung des Reichspräsidenten trägt nicht unfern Wünschen und Bedenken Rechnung. Die Gehaltung dieser Verordnung beruht aber auf einer nach schwierigen Verhandlungen zustandgekommenen Vereinbarung, an der festgehalten werden muß auch wenn nur ein Teil ihrer Aufhebung neue Beruhigung bewirken kann. Wir lehnen daher die Aufhebung ab.

Abg. Herzfeld (Komm.): Die Verordnung dient nur der Reaktion. Die Unabhängigen, die jetzt einen Gesetzentwurf zum Schutze der Republik eingebracht haben, sollten nur für die Einheitsfront des Proletariats sorgen, das wäre ein besserer Schutz als ihr Gesetzentwurf.

Es folgen die Bestimmungen. Der Antrag des Ausschusses, die Ausnahmeverordnung nicht aufzuheben, wird im Hammersprung mit 160 gegen 142 Stimmen abgelehnt und darauf der Antrag unferer Fraktion, die Ausnahmeverordnung sofort aufzuheben, mit derselben Mehrheit angenommen. Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Wochenhilfe, Zulagen für Arbeitsinvaliden und Unfallversicherung. Öffentliche Bekanntmachung der wegen Wärders Postkasten Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln, Schieferfuß, Einkommensteuer, Nachtragsetat und Bericht des Untersuchungsausschusses über Lichtenburg. Schluß: 8 1/2 Uhr.

Die neue Einkommensteuer

Verdreifachung der Werbungskosten beschlossen

Das Ergebnis der Bemühungen der bürgerlichen Parteien, die Opposition in ihren eigenen Reihen breitzuschlagen, lag dem Steuerausshuß des Reichstages am Freitag in Form eines Antrags Beder-Hessen (D. Vp.) vor. Er ist gegenüber dem Antrag Keil-Emminger eine Verschlechterung, da 15 Prozent Steuerleistung bereits bei 60 000 Mark, 20 Prozent bei 80 000 Mark erreicht werden. Dann aber auch, weil der Satz von 60 Prozent erst bei zwei Millionen erreicht wird. Bernstein (Soz.) wandte sich gegen den Antrag und erklärte sich für den Antrag der USP, der die Werbungskosten von 1800 Mark auf 5400 Mark hinaufsetzen will. Genosse Hergt legt nochmals die unsozialen Wirkungen des Antrages der Bürgerlichen dar, die sich die Not der Lohn- und Gehaltsempfänger zunutze machen, um gleichzeitig erhebliche Erleichterungen für die Bestehenden herauszuholen. Für den Fall der Annahme des Antrages Beder müßte man 5 Prozent Lohnsteuer bei Einkommen bis 30 000 Mark für ausreichend erachten. Die Verdreifachung der Werbungskosten ist unerlässlich, da sonst die Einkommen bis zu 24 000 Mark nur eine ungenügende Entlastung erfahren würden.

Das steuerfreie Einkommen wird sodann für Mann und Frau auf 2400 Mark, für jedes Kind unter 17 Jahren auf 1600 Mark jährlich erhöht, gegen jetzt 1200 Mark bzw. 1800 Mark. Die Werbungskosten werden nach dem Antrag Soldmann-Hergt (USP) von 1800 Mark auf 5400 Mark erhöht. Ein besonderer Nachweis braucht nicht gegeben werden.

Abgelehnt wurde ein Antrag Beder (D. Vp.), den Arbeitgebern 2 1/2 Prozent der in Abzug gebrachten Lohnsteuern als Entschädigung zu gewähren. Soldmann weist noch darauf hin, daß eine Anzahl Arbeitgeber jetzt noch nicht einmal die im Jahre 1920 in Abzug gebrachten Lohnsteuerbeiträge zur Ablieferung gebracht haben.

Der Antrag Keil-Emminger und der Antrag Höner-Harzig wurden abgelehnt, der Kompromißantrag Beder angenommen, dagegen ein gemeinsamer Antrag der USP, und der SPD, bis 30 000 Mark Einkommen nur 5 Prozent zu erheben, abgelehnt.

Somit ist das Gesetz nunmehr in erster Lesung fertiggestellt. Es wird am Sonnabend das Plenum des Reichstages beschäftigen.

Der Ausschuß des A. D. G. B. hat in seiner letzten Sitzung eine Entscheidung angenommen, die bei der Forderung des Einkommensteuergesetzes Herabsetzung der Grenze für den zehnprozentigen Lohnsteuerabzug auf 60 000 Mark fordert. Dem entsprechend seien auch die steuerfreien Beträge zu erhöhen.

Der ängstliche Reichstagsausschuß

Die Angst vor der Enthüllung der Zustände in Niederschönenfeld nimmt immer groteskere Formen an. Unsere Leser erinnern sich, daß der Untersuchungsausschuß des Reichstages, der zunächst beschloffen hatte, nach Niederschönenfeld zu gehen, vor dem Eintritt in Bayern zurückgewichen ist und diesen Beschluß wieder aufgehoben hat. Aber die Angst geht noch weiter. Bei der Feststellung des Berichts beantragten die bürgerlichen Parteien, über den Teil der Ausschussverhandlungen, der sich auf Niederschönenfeld bezog, kein Wort in den schriftlichen Bericht aufzunehmen. Vergebens protestierte Genosse Rosenfeld gegen diese eigenartige Weisung. Die Mehrheit beschloß, über Niederschönenfeld schriftlich nichts berichten zu lassen. Hoffentlich wird der Berichtserstatter Dr. Großhahn (SPD) der Wahrheit die Ehre geben und über alle Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, also auch über Niederschönenfeld, mündlich Bericht erstatten.

Verhaftung eines polnischen kommunistischen Abgeordneten. Der polnische Sejm erklärte sich mit dem Antrag des Justizministeriums einverstanden, den Abgeordneten der kommunistischen Fraktion Dombal zu verhaften. Sofort nach der Annahme des Antrages erließ der Staatsanwalt den Haftbefehl.

Aus der Parteipresse

Aus der Parteipresse. Die letzten erschienenen Nummer 23 der „Kämpferin“, der Frauenzeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, enthält folgende Beiträge: Die Ansprüche der Hinterbliebenen aus dem Reichsverordnungs-gesetz — Kampf dem Alkohol (Schluß). — Die Gefährdeten fürsorge in Frankfurt a. M. — Weihnachtsfest und Bücherlauf. — Die weibliche Schule (Schluß). — Die Berliner Stadtverordneten wählen.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Leo Pichler, Berlin-Preibitzer-Str. 10. Verantwortlich für Lokal- und Gemeindefragen: H. Kubert, Berlin; für den Interzentralkreis und geistliche Mitteilungen: Ludwig Kometzner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck des Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Gröbe-Str. 50.

Was klassenbewußte Proletarier lesen müssen!

Karl Liebknecht

Reden und Aufsätze

374 Seiten (für Organisationen 15.— Mk.) in Leinen 30.— Mk.

L. Trotsky

Die neue Etappe / Die Weltlage und unsere Aufgaben

167 Seiten mit drei graphischen Darstellungen. Preis 2.50 Mk., gebunden 6.— Mk.

G. Sinowjew

Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale

114 Seiten Preis 1.50 Mk., gebunden 6.— Mk.

Karl Radek

Der Weg der Kommunistischen Internationale

86 Seiten Preis 1.50 Mk., gebunden 6.— Mk.

Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale
191 Seiten Preis 2.50 Mk., gebunden 7.— Mk.

M. Tomski

Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung in Rußland

64 Seiten Preis 2.— Mk., gebunden 5.— Mk.

Dr. Eugen Pawlowski

Der Bankrott Deutschlands

189 Seiten Preis 2.50 Mk., gebunden 6.— Mk.

E. Varga

Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft

64 Seiten Preis 1.50 Mk.

E. Varga

Steuerfrage und Steuerpolitik

24 Seiten Preis 30 Pfg.

Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland 1917 bis 1921
74 Seiten Preis 2.—

Zu beziehen durch jede Buchhdlg. oder direkt durch Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg



Fordern Sie 'Cobu', 'Cofos-Blangen-Butter-MARGARINE'

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
E.A. Jisserstedt A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Generalvertretung:

FRANZ JOS. GFRÖRER, Berlin W50
Ansbacher Str. 56 • Fernspr.: Steinplatz 4848 u. 12144

Zine Quinquina-Extrakt

werden bei demselben mit Jod, Chlorid
und freier, Chlorid freier Jodid oder
freier Iodid. Er ist ein reines Chlorid
und Chlorid.

Das ist billig und bewährlich!
Mittel in Fiebererregung, Dyspepsie
und Leiden.

Garderobe
besonders billiger
Weihnachts-Verkauf
auf bequemste Teilzahlung.

Herren- Anzüge 795,- 890,- 1200,-
Hosens 890,- 1170,- 1400,-
Damen- Paletots 690,- 750,- 1200,-
Kostüms 750,- 840,- 1300,-

sowie sehr preiswerte Kleider, Regenmäntel
BURSCHEN-ANZUG
Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringerstr. 87.
Sonntag von 1-6 geöffnet.

Arbeitskraft u. Lebensfreude
erhalten u. geben

Chodoberger-Kräuter
Blutreinigungs-Brust-Husten-
Lungen-Leber-Nieren-Blasen-
Gicht-Rheuma-Nerven

Jedes Paket
Mk. 12.-

In Apotheken. Aufklärungsschrift gratis.
Hauptniederlage für Berlin:
Elefanten-Apotheke, SW, Leipziger Str. 74

Sonntag 12-3 Uhr
Möbel
auch zu allen Preisen
Bar u. Teilzahlung

bei Schaner & L. Altonaer
Bürgerliche
Wohnungseinrichtung.
Küchen- / Schrank-
Küchenschrank / Bücherschrank
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Lieferung auch nach ausw.
Lagerung kostenlos.

Möbel-Cohn
Or. Prenzlauer Str. 58
K. Min. u. Kienbergstr.
Mittlere Größe 47-48
Klein. u. Mitt. Größen.

Auf Teilzahlung
Anzüge
Schleifer, Reglawa,
Wagenreit, mod. Sam.
Brett, blickt, Kettenschl.
Seifer Gottlieb
Kaufmannstr. 22 u.
1. Etage (Kaufmannstr.)

Zeissfeldstecher
6. und 8. Sch. Kaufmannstr.
48. Stockholmerstr.
Berlin W9, Kochstr.
Str. 125 (U-Bahn 9209)

Altmetalle
gute alte Werte. Ober-
berger Str. 1. Reichs-
hauer Str. 107, 1. Hof, 2. St.

Altmetalle
auch zu Tagespreisen
D. W. 107, 1. Hof,
Kochstr. 107, 1. Hof,
Kochstr. 107, 1. Hof,
Kochstr. 107, 1. Hof.

Billig
Röcke, Blusen,
Kleider, Mäntel,
Strickjacken,
eleg. Balkkleider
STREHLOW
Troskowitzstr. 21
am Wörtherplatz.

RAUCHERDANK!
Das schönste Mittel,
das Kinder ganz
aber teilweise ein-
zuweilen. Nur 9
Kreuzen. Verkauft
in den Apotheken,
Kochstr. 107, 1. Hof,
Kochstr. 107, 1. Hof.

Neue Haut
erweitert man
schmerzlos,
unmerklich
für die Um-
gebung

durch die echte Vater-Philipp-Schilkekur à 12 M.
im Votagen-Laboratorium, Dresden-Zoostr. 147,
147, enthält Pflanzl. Milchsäure, Schwefelwasserstoff,
Kohlensäure, etc. etc. läßt unmögliche junge Haut
zum Vorschein kommen. Erhältlich in Elberfeld
Apotheken, Leipziger Straße, und Progerien, Berlin-
Straße 2, Fehmannstraße 3, Reinickendorfer Straße
119, Charlottenstraße 76, Panitzsch, Prinzstraße 6.

Damenmäntel
Eingelverlauf zu Engros-Preisen
Eigene Schöpfung - Kein Zwischenhandel
Blauwäntel reine
Wolle
450,- bis 750,- Mark
isabel Darrat
HUGO SOMMERFELD
Niederwallstraße 23, Hof part. rechts
Sonntag von 1-6 Uhr geöffnet.

Schiffchen da herliche
Spiel u. Sport. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

Dr. Unwaga's
Spülwasser
Beseitigt alle Keime
Reinigt die Hände
Kaufmannstr. 21
am Wörtherplatz.

PELZWAREN
auf Teilzahlung
Pelzwarenfabrik Kallis
Tille-Wardenberg-Str. 11
am Bahnhof Tiergarten

EDICH KUTNER
M.D.L.
Warum
versagt die Justiz?
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C2, Breite Str. 8-9

Grosser Weihnachtsverkauf!

Eröffnung unserer 6. Verkaufsstelle Wilmsdorf, Gieselerstraße 1/7 (Turnhalle), am Sonntag, den 17. Dezember

KVG Kleider-Vertrieb G. m. b. H.

Verkaufsstelle der Erzeugnisse der städtischen Blindenanstalt

KVG Kleider-Vertrieb G. m. b. H.
Annahme von Schuh-Reparaturen zu Tagespreisen

Herren-Anzug
gute Verarbeitung, auf Serge gefüttert
nur **250.-**

Herren-Unterhosen 29⁰⁰ bis 47⁰⁰
Herren-Hemden 32⁰⁰ bis 85⁰⁰
Herren-Siletel 105⁰⁰ bis 175⁰⁰
Damen-Siletel 180⁰⁰ bis 250⁰⁰
Kinder-Siletel 105⁰⁰ bis 175⁰⁰
Leiderschuhe m. Holzsohlen 6⁰⁰ bis 15⁰⁰
Burschen-Paletots 785⁰⁰
Burschen-Hosen 85⁰⁰
Herren-Anzüge 750⁰⁰ bis 1275⁰⁰
Herren-Hosen 140⁰⁰ bis 205⁰⁰
Herren-Paletots 980⁰⁰ bis 1450⁰⁰
Kd.-Filzschuhe 18⁰⁰ bis 21⁰⁰
Dreiljacken 52⁰⁰ bis 162⁰⁰
Damen-Blusen 84⁰⁰ bis 950⁰⁰
Damen-Mäntel 400⁰⁰ bis 1200⁰⁰
Damen-Röcke 85⁰⁰ bis 190⁰⁰
Knaben-Anzüge von 120⁰⁰ bis 185⁰⁰
Mädchen-Mäntel von 108⁰⁰ bis 420⁰⁰

Hauptgeschäft: Kommandantenstraße 80-81
2. Verkaufsst.: Osten, Warschauer Str. 88
3. Verkaufsst.: Lichtenberg, Frankl. Allee 12
4. Verkaufsstelle: Neukölln, Berliner Str. 47-48, Eing. Boddenstraße
5. Verkaufsstelle: Norden, Müllerstraße 181
6. Verkaufsstelle: Wilmsdorf, Gieselerstraße 1-7

Sonntag von 1 bis 6 Uhr geöffnet

Sonderangebot
Infolge alter Abschlüsse
unter Tagespreisen

Anzüge von Mk. 800.-
Sportu' ster Mk. 250.-
Ulster von Mk. 575.-
Gummimäntel von Mk. 550.-
Joppen von Mk. 250.-
Hosen von Mk. 70.-
Unterwäsche/Socken/Stiefel/Stoffe
Frauenröcke von Mk. 89.-
Frauenulster Mk. 260.-
Taghemden, Säulpler, Strümpfe, Wolle, Seifen

MEYER-KONZERN
Berlin W 9, Linkstrasse 2
Organisations- und Verbilligung des Warenverkehrs
Lager-Verkauf II. Etage
Geöffnet: Wochentage von 9-4 Uhr
Sonntag, den 18. 12. 21, von 1-6 Uhr, Besuch unbedingt lokatend.

Bücher- u. Bilderausstellung der Freiheit-Buchhandlung / Breite Str. 8-9 Täglich geöffnet bis 6 Uhr abends
Bücherausstellung für Neukölln in der „Neuen Welt“ / (Jugendpflege-Ausstellung)